

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zeiler Strasse 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7505.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die gespaltene
Petitzelle oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 18.

Sonnabend, den 1. Mai 1909.

13. Jahrgang.

Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — Das Maifeld. — Wirtschaftliche Rundschau. — Scharfmacherhege gegen die Sozialreform. — Aufforderung zum Kontraktbruch. — Tarifverträge in Italien. — Bekanntmachungen des Zentralverbandes. — Korrespondenzen. — August Frank f. — Ein nationaler Arbeiter als Totschläger. — Herbergen zur Heimat als Streibredner-Bermittlungsinstitute. — Irreführte Wildtätigkeit. — Rundschau. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Adressenänderungen. — Quittung. — Briefkasten. — Anzeigen.

Beilage: Gebiät: Dem 1. Mai. — Reichsversicherungsordnung. II. — Zur Verschmelzung der Organisationen des Baugewerbes. — Die Krankenkassen des Deutschen Reiches. — Die Krise im Bildhauerberuf. — Feuilleton: Der erste Mai. (Stimmungsbild.) — „Wir Pfarrer“.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Ueber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

Sperret sind: Reinheim: Granitwerk Frohmann.

Schütz. Die Unternehmer bieten uns bedeutende Reduzierungen an. Der Tarif läuft am 1. Mai ab.

Bielefeld. Die Firma August Hunger weigert sich hiesige Kollegen einzustellen. Zugang ist zu meiden.

Kiesenstein bei Waldshut (Baden). Die Firma Schotte setzte das Stundenlohnsystem außer Kurs. Die Kollegen sollen in Akkord schaffen, das bedeutet, das per Tag die Löhne etwa um 2 Mk. reduziert werden sollen. Es stellten deshalb 75 Kollegen die Arbeit ein.

Schmied. Die Kollegen stehen in Streik. Zugang ist streng fernzuhalten.

Blankenburg. Die Steinmehrer der Firma Schönfeld sind am 22. März in den Streik getreten. Die Firma macht die größten Anstrengungen, um Kaufkreiser zu bekommen.

Striegen. Der Streik dauert unverändert weiter. Die Zahl der Streikenden verringert sich von Tag zu Tag. In den verflochtenen Wochen sind 150 Kollegen abgewickelt.

Kürnbach und Umgebung. Sämtliche Unternehmer von Kürnbach, Dordingen, Sternfels und Dörsenburg unterzeichneten den vorgelegten Tarif. Nur der Unternehmer Trippel von Kürnbach weigerte sich. Da der Höchstlohn bei dieser Firma pro Tag 60 Pfennige niedriger war, als in anderen Geschäftszweigen, legten die Kollegen die Arbeit nieder.

Heidingsfeld. (Unterfränkisches Maschellalgebiet.) Wegen Lohnrücklagen bei der Firma Winterhelt lösten sämtliche Steinmehrer das Arbeitsverhältnis. Die Kollegen sind anderweitig untergebracht. Zugang nach dem Gebiet ist zu vermeiden.

Rüthen. Die angebahnten Verhandlungen sind resultatlos verlaufen. Die Kollegen haben ihre Kündigung eingereicht. Zugang ist fernzuhalten.

Wiesbaden. Die Kollegen stehen in Lohnbewegung.

Herdecke. Die Unternehmer weigern sich den neuen Tarif anzuerkennen. Arbeitswillige wollen sie von Wehen holen.

Kieja-Gröba. Nach wiederholten Verhandlungen mit der Firma Ernst Kunze haben die Steinarbeiter beschlossen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Infolge des tatsächlich miserablen Geschäftsganges in der Plastersteinindustrie haben es die Arbeiter vorgezogen, den Kampf zu vertagen.

Sad Mülling. Die Direktion des hiesigen Marmorwerkes hat sämtlichen Arbeitern zum 1. Mai gekündigt. Zugang ist fernzuhalten.

Böhmen: Karlsbad, allgemeiner Streik. Schwarzbrunn, alle Firmen gesperrt. Hermannsdorf, Firma Siebl gesperrt. Dissa gesperrt.

Niederösterreich: Hühlsdorf, Firma Sommer u. Weniger gesperrt. Br. Neustadt, wegen Maßregelung der Vertrauensmänner Streik. Schrems, Brohnbühl und Schreiberberg gesperrt.

Salzburg: Fürstenbrunn, Kiejer-Bruch, Streik.

Tirol: Bozen (Firma Kompacher), Streik. Innsbruck wegen Differenzen gesperrt. Storzung gesperrt.

Schweiz: St. Margarethen. Die Steinarbeiter stehen im Streik. Zugang ist fernzuhalten.

Das Maifeld.

Die Ansicht des seligen Rabbi Ben Akiba: „Es gibt nichts Neues unter der Sonne — alles ist schon dagewesen“, trifft, was nicht allzu vielen bekannt sein dürfte, auch auf das Maifeld der Arbeiterschaft zu. Allerdings, wie gleich hinzugefügt sei, nur in einem gewissen Sinne, insofern nämlich, als das Volk in früheren Jahrhunderten am gleichen Tage des Jahres seinen politischen Willen manifestierte.

Wir sprechen von dem „Maifeld“. Die Fürsten riefen ihre „Untertanen“ am ersten, zuweilen auch an einem andern Tage des Mai zusammen, um neue Gesetze zu beraten und zu beschließen, um einen neuen König zu wählen, um Verbrecher zu strafen und dergleichen. Zur Zeit der merowingischen Frankenkönige, im Beginne des Mittelalters, geschah die Versammlung hauptsächlich zum Zwecke der Musterung — also eine Kontrollversammlung im Großen —, ferner um Kriegsangelegenheiten zu beraten

und — vielleicht gehört das an die erste Stelle — um dem Könige Geschenke darzubringen. Zeitweilig hieß diese Institution auch das „Maifeld“, weil die Versammlung schon am 1. März stattfand. Pippin der Kleine wandelte das Maifeld im Jahre 755 aber wieder in ein Maifeld um.

Letzten Endes ist das Maifeld, auch Mailager genannt, auf unsre heidnischen Altvordern zurückzuführen. In der Walpurgisnacht (d. i. die Nacht zum 1. Mai) vermählte sich der oberste Gott der alten Deutschen, Wotan oder Odin, mit der Göttin Frigga. Diese mythische Hochzeit wurde — wie die Winter-Sonnenwende, die man als stürmische Brautwerbung Wotans auffaßt und festlich beging — gemeinsam von den alten Germanen gefeiert, und zwar an den ersten zwölf Tagen des Mai. Die Walpurgisnacht brachte große Opferfeste; es wurde gespielt und getanzt und, was bei den alten Deutschen selbstverständlich ist, gehörig getrunken. Doch gingen neben den Festlichkeiten der zwölf Tage auch ernste Beratungen einher: es wurde Justiz geübt und den ungekehrten Gesetzen strenge Beachtung verschafft; man erwählte Häuptlinge, erklärte die mannbarren Jünglinge für wehrhaft und also heiratsfähig und heiratsberechtigt, und man beriet und beschloß alle wichtigen allgemeinen Angelegenheiten. Wir sehen hier also — um uns eines modernen Ausdrucks zu bedienen — eine Generalversammlung als oberste Instanz des Volkes. Freilich hatten auf diesen Landtagen nur die Freien etwas zu sagen; die Knechte, meist Kriegsgefangene aus feindlichen Stämmen, zählten nicht mit.

Das „Maifeld“ machte dann, wie oben schon angedeutet, in den ersten Jahrhunderten des christlichen Zeitalters verschiedene Wandlungen durch, um schließlich das Volk ganz auszuschalten oder es doch zur Staffage zu degradieren. So berietet Schlosser in seiner Weltgeschichte, daß der Sohn Pippins des Kleinen, Karl der Große, zwar auch Reichsversammlungen im Mai abhielt, an denen Leute aus dem Volk teilnahmen, daß aber zur Beratung und Beschlußfassung nur die weltlichen und geistlichen Großen zugelassen wurden. Dem Volke teilte man einfach die Beschlüsse mit und — es durfte den Entscheidungen durch Ausrufe beistimmen und dem höheren Verstande seiner Vormünder zuzuschauen.

Wem drängte sich hier nicht ein Vergleich mit unsern heutigen politischen Regierungsinstitutionen auf? Wer sähe nicht die roten Fäden der Entwicklung aus dunklen Urwaldzeiten herauslaufen bis in unsre Tage? Wer wäre blind für die politische Klassencheidung, die sich allmählich aber konsequent vollzog mit den wirtschaftlichen Wandlungen der Gesellschaft? Diese Scheidung war wie ein Riß, der sich mit jedem Jahrhundert, wenn nicht mit jeder Generation, verbreiterte und vertiefte, und den heute nur der geistig Schwachsichtige oder der Uebelwollende leugnet. Leider gibt es von beiden Menschenpezies noch mehr als zuviel.

Es ist freilich zu allen Zeiten versucht worden, diesen Riß zu verkleistern; denn die Machthaber hatten natürlich immer ein Interesse daran, ihn nicht offenbar werden zu lassen — und es ist ihnen leider allzu lange geglückt; wir leiden noch heute darunter. Aber von Zeit zu Zeit brach er gewaltiam auf — man denke nur an den Bauernkrieg, an die Revolutionen und Aufstände —, und heute ist er unüberbrückbar geworden, heute, da der Kapitalismus die Welt mit gewaltiger Faust beherrscht und die letzten menschlichen Rücksichten beiseite geworfen hat. Nicht aus Unverständnis, wie man leicht meinen könnte, sondern weil sie gegen seine Natur wären. Denn dies ist es, was ihn vor allen andern Wirtschaftssystemen auszeichnet: wenn auch nicht seine politischen Vertreter, so verzichtet er selbst doch auch auf den Schein der Menschlichkeit; in unerbittlicher Brutalität verachtet er es, ein patriarchalisches Verhältnis vorzutäuschen, wo krasse Gegenfakte herrschend sind. Das tritt in den Zeiten der Krise, wie wir sie jetzt wieder durchmachen, in besonderer Nacktheit zutage.

Es ist selbstverständlich, daß der moderne Arbeiter die Klarheit nicht zu bedauern hat. Vielmehr ist diese Klarheit die durchaus notwendige Vorbedingung einer Neugestaltung der Dinge. Wer diese Wahrheit will, darf vor der Erkenntnis nicht zurückschrecken, daß die einzelnen Völker oder besser: die einzelnen Nationen geistig zum großen Teile schon auseinandergefallen sind und daß sich fester Verbindungen über die Grenzen hinüber geknüpft haben, als in der eignen Nation zwischen den einander entgegengesetzten Interessengruppen. Jeder ausländische Arbeiter ist uns ein Bruder, wenn er nicht als Lohnrücker und Streikbrecher kommt, was aber ist uns der heimische Kapitalist? Und was sind wir ihm? Er sowohl wie sein großer Bruder vom Lande, der Astarier, pfeifen auf die vaterländischen Arbeiter, wenn sie Ausländer billiger und williger haben können.

Die Arbeiterschaft betont denn auch auf ihrem Maifeld die Internationalität und den Völkerfrieden; einmal aus rein menschlich-humanitären Gründen, die im Kriege eine Bestialität und einen Rest wilder Unkultur sehen, sodann aber auch deshalb, weil die Machthaber von Zeit zu Zeit gern den Chauvinismus bis zur Siedehitze steigern, um den Blick von den Mißständen im Innern abzulenken. Ein altes, aber leider noch immer recht wirksames Mittel.

Und gegen jene Mißstände selbst kehrt sich unsre Demonstration, indem sie millionenstimmig die Forderungen ausspricht, deren Erfüllung notwendig ist zum Gedeihen des Volkes, zu seinem Aufstieg zu wahrem Menschentum.

Indessen: so in die Augen fallend hier auch die Wehrlichkeit unsrer Maifeier mit dem ursprünglichen Charakter des Maifeldes ist, denn beide sind der lebendige Ausdruck des Volkswillens und Heermusterungen — so sehr verändert sich das Bild, wenn wir an die praktische Durchführung der erhobenen Forderungen und der Beschlüsse denken. Was das Maifeld beschloß, war Gesetz. Was unsrer Maifeier beschließt, sind Resolutionen — sind Fäuste, die an eine verschlossene Tür klopfen. Denn dem hier zu Wort gekommenen Volkswillen fehlt die Exekutive, fehlt die Macht zur unmittelbaren Vollstreckung seiner Beschlüsse. Und wenn es zehnmal die Stimme des Volkes ist, die wieder und wieder mahnd, fordernd, warnend an das Tor der Herrschenden schlägt wie brandendes Meer, — sie halten das Tor und das Ohr verschlossen . . . so lange es geht.

Sie entscheiden die Geschichte der ganzen Nation auf ihren Maifeldern, wenn man so sagen darf, — in den Klassenparlamenten, oder, noch richtiger: hinter den Parlamenten.

Wären die Reichs- und Landtage wirklich das, wofür sie sich ausgeben und was zu bestimmten Zeiten das Maifeld gewesen ist: der reine Ausdruck des Volkswillens, so müßte man sich, ob wohl oder übel, bei den Beschlüssen der Mehrheit bescheiden. Aber es bedarf an dieser Stelle doch keines Nachweises, daß die Parlamente durchweg Fälschungen des Volkswillens darstellen, daß selbst der Reichstag infolge der famosen Wahlkreiseinteilung, der Wahlbeeinflussungen usw., noch weit davon entfernt ist, ein getreues Spiegelbild der Volksmeinung zu geben. Es genügt, die Stimmzahl der einzelnen Parteien und ihr Verhältnis zur Zahl der Abgeordneten zu betrachten, um zu sehen, wie hier die mächtigste Partei, die der Arbeiter, um ihren ihr von Rechts wegen zustehenden Einfluß betrogen wird.

Was von diesem Einfluß noch übrig bleibt, wird durch das halbabsolutistische Regiment, durch die Anriffe und Riffe hinter den Kulissen um seinen Erfolg gebracht. Zwar könn te dies Parlament das absolutistische Gewicht abhängen, wenn es nur wollte. Aber es will nicht. Denn sie alle, die an den Fleischtöpfen der agrarisch-kapitalistischen Welt sitzen, fürchten ein freies und starkes, ein offenes und gerechtes Maifeld, fürchten es, weil sie den Volkswillen fürchten. Mit Recht. Denn über kurz oder lang würde und müßte ein freies Maifeld gegen ihre engen, egoistischen Klasseninteressen entscheiden, die jetzt, ob mit oder ohne Parlament, trefflich gewahrt werden, weil sie mit den Interessen der Regierenden zusammenfallen.

So steht denn auch die diesjährige Maidemonstration der deutschen Arbeiterschaft vor der unberühmten Reaktion, vor dem brutalsten Klassenegoismus der Besitzenden, der sich wohl selten so gänzlich unbefleidet gezeigt hat, wie bei der großen „Finanzreform“ des Deutschen Reiches. Es ist ein Jammer, und es ist empörend, aber es ist auch eine kräftige Rektion für die geistig Schwachsichtigen im Volk. Nicht minder die geradezu grandiose Berfahrenheit und Berfahrenheit der Regierungsmaschinerie, wie sie sich die kleinste Gewerkschaft keine acht Tage von ihren Vertretern gefallen ließe.

Wir glauben nicht, daß die kapitalistische Welt schon heute oder morgen aus ihren Fugen gehen wird, aber einen Trost darf man doch wohl aus der Ratlosigkeit der Herrschenden schöpfen: daß sie mit ihrem Vatein nahe am Ende sind, und daß die wirtschaftliche Entwicklung der Dinge gebieterisch dazu drängt, der Arbeiterschaft den ihr gebührenden Platz einzuräumen. Denn es gibt keinen andern Weg, der auf die Dauer der Berfahrenheit wehrt. Möglicherweise — bei uns ist ja alles möglich — entscheidet man sich noch einmal für einen reaktionären Verzweifelungsstreik: für ein Sozialistengesetz. Der durch keinerlei Vernunftbedenken gehemmte Leiter der Reichspolitik hat ja schon seine Bereitwilligkeit erklärt. Wir wollen nicht prophezeien, was dann geschehen könnte. Aber eins steht fest: elendiglich scheitern müßte endlich auch dieser Versuch, die Stimme des Volkes totzukriegen.

Die Stimme des Volkes, die heute wieder millionenstimmig emporschlägt vom Maifeld der Arbeit, und die nicht schweigen wird, ehe sie gehört wird und ihre Beschlüsse Gesetz geworden sind.

Wirtschaftliche Rundschau.

Zunahme des Beschäftigungsgrades. — Fortdauer des hohen Andranges am Arbeitsmarkt. — Das Wiedererwachen der gewerblichen Unternehmungslust. — Die amerikanischen Preistreibereien auf dem Getreidemarkt.

Die Beschäftigtenziffer in Industrie, Handel und Verkehr nimmt wieder zu. Das ist die wichtigste Erscheinung der letzten Zeit auf wirtschaftlichem Gebiete. Denn seit Juni 1907 war die Kurve, die den Beschäftigungsgrad anzeigt, fast unausgesetzt sinkend. Der März 1908 hat nun etwa nicht die regelmäßig im Frühjahr zu beobachtende Zunahme der Beschäftigten gebracht, der Grad der Zunahme war vielmehr sehr viel stärker als im Vorjahre. Damals betrug die Beschäftigtenziffer von Februar auf März um 1.61 Prozent, im laufenden Jahre aber nach den vorläufigen Ziffern, die sich auf 1181 Kranken-

lassen beziehen, um 3,12 Prozent. Bestätigt wird die Zunahme der Beschäftigten durch die regere Nachfrage von Arbeitskräften an den Arbeitsnachweiser: während von Februar auf März 1908 die Zahl der offenen Stellen um etwa 36 Prozent zunahm, stieg sie in diesem Jahre wieder um 50 Prozent. Fragen wir nach den Gewerben, in denen der Beschäftigungsgrad wieder zunahm, so muß vor allem das Bekleidungs- und Textilgewerbe genannt werden. Hier haben der März und April eine recht beachtenswerte Belebung des Beschäftigungsgrades gebracht, die allerdings nach Ostern schon wieder abgeflaut sein dürfte. Aber ziemlich anhaltend ist bisher die Belebung im Textilgewerbe. Weiter ist aber noch im weitverzweigten Holzgewerbe eine sichtliche Erholung wahrnehmbar, die sich vor allem in der kräftigen Abnahme der Arbeitslosigkeit zeigt. Die Arbeitslosenziffer Ende März ist sogar um eine Kleinigkeit niedriger als im Vorjahre. Auch in dem Nahrungs- und Genussmittelgewerbe, dann in der Maschinenindustrie nimmt die Arbeitslosigkeit wieder etwas zu. Endlich ist noch auf die Belebung der Bauwirtschaft zu verweisen, die seit Beendigung des Frostwetters wieder zu beobachten ist.

Wenn die Belebung des Beschäftigungsgrades sich auf dem Arbeitsmarkt noch wenig bemerkbar macht, so liegt das daran, daß seit Ende 1907 sich ein ganz ungewöhnliches Angebot herausgebildet hat. Das ganze Jahr 1908 hindurch nahm die Beschäftigtenziffer nicht nur nicht zu, sondern sogar absolut ab. Der März dieses Jahres brachte aber zu dem vorhandenen starken Ueberschuß an Arbeitskräften schon wieder einen Teil des Neuangebotes aus dem laufenden Jahre. Die Folge dieser Vermehrung des Angebots ist, daß der Andrang am Arbeitsmarkt sich die Lage, wenn man den Markt für männliche Arbeitskräfte für sich betrachtet. Hier kommen auf 100 offene Stellen sogar noch 230,63 Arbeitsuchende gegen 178,17 im Vorjahre. Selbst wenn die Zunahme des Beschäftigungsgrades weitere Fortschritte machen sollte, wird es noch lange dauern, bis das überaus starke Angebot auf dem Arbeitsmarkt auf ein erträgliches Maß zurückgegangen ist. Nach wie vor werden wir daher noch mit einer ziemlich großen Arbeitslosigkeit zu rechnen haben, da die Zunahme der Beschäftigtenziffer nicht so rasch erfolgen kann, um dem seit einem Jahre sich ansammelnden Angebot Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Nichtsdestoweniger bleibt die günstige Wendung, die der März 1908 gebracht hat, zu begrüßen, und es ist nur noch zu untersuchen, ob es sich bei der Zunahme der Beschäftigten im März um eine vorübergehende Erscheinung handelt, oder ob wir auf eine fortdauernde Erholung rechnen dürfen.

Es spricht manches dafür, daß die plötzliche Zunahme der Beschäftigten nichts weiter als eine Reaktionserscheinung gegenüber der ungewöhnlichen Stagnation in den Wintermonaten bedeutet. Hat doch der starke Frost die Arbeiten im Freien in einer seit Jahren nicht beobachteten Weise beeinträchtigt. Mit dem Weichen des Winters mußte also dieser besondere Druck wegfallen und eine plötzliche Zunahme der Beschäftigung auslösen. Auf der andern Seite freilich fehlt es auch nicht an Anzeichen, die für eine weitere Belebung sprechen. Daher gehört vor allem das Wiedererwachen der gewerblichen Unternehmungslust, das schon seit September 1908 zu beobachten ist und im laufenden Jahre erfreuliche Fortschritte macht. Die gewerbliche Unternehmungslust eilt der Gestaltung des Beschäftigungsgrades immer etwas voraus; es kann dabei vorkommen, daß die Unternehmer in der Bewertung der Konjunktur sich irren; trotz kräftiger Unternehmungslust kann die Belebung des Beschäftigungsgrades ausbleiben. Es hat freilich dieses Mal nicht den Anschein, als ob die Veränderungen und Kapitalserhöhungen auf einer falschen Beurteilung der Konjunktur beruhen, vielmehr ist bei der Lage des Geld- und Arbeitsmarktes, sowie bei dem Niveau der Warenpreise anzunehmen, daß die gewerblichen Investitionen prosperierende Anlagen darstellen werden. Hier seien seit September 1908 die Summen wieder gegeben, die für Neugründungen und Kapitalerhöhungen bei Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H. allmonatlich angefordert wurden. Diese Summen betragen in Millionen Mark im Vergleich zum jeweiligen Vorjahre

	1907/08	1908/09
September	54.23	69.97
Oktober	95.06	103.53
November	103.27	78.09
Dezember	90.73	78.77
Januar	93.63	98.60
Februar	83.77	76.49
März	93.40	122.66

Wenn man erwägt, daß seit Dezember 1907 jeder Monat bis September 1908 eine Minderanforderung gegenüber dem Vorjahre gebracht hatte, so ist die allmähliche Belebung der Unternehmungslust seit September 1908 unverkennbar. Vor allem ist es aber charakteristisch, daß im März dieses Jahres die Unternehmungslust nicht nur stärker war als 1908, sondern auch wieder stärker als im März 1906. Ohne allzuviel aus dieser Bewegung der Neuinvestitionen schließen zu wollen, kann man doch bei dem starken Angebot von Kapitalien eine weitere Belebung der Unternehmungslust als wahrscheinlich annehmen.

Soll freilich das wirtschaftliche Leben Deutschlands einen nachhaltigen Anstoß zu einer Wiederbelebung der Konjunktur erhalten, so muß vor allem eine Verteuerung der Haushaltskosten für die breite Masse der Bevölkerung verhütet werden. Denn nur, wenn die Voraussetzungen für eine Zunahme des Konsums der Arbeiterbevölkerung gegeben sind, kann die belebende Wirkung der wachsenden Unternehmungslust auf den Beschäftigungsgrad überprüften. Würde durch eine abermalige ins Gewicht fallende Verteuerung der Haushaltskosten noch eine weitere Einschränkung des Konsums entstehen, so würde eine wirtschaftliche Wiederbelebung leicht durch eine erneute Stagnation auf dem Warenmarkt erstickt werden können. Bis Februar war die Entwicklung des wöchentlichen Nahrungsmittelaufwands im Durchschnitt von 55 deutschen Städten einigermaßen befriedigend. Für den Februar stellte sich nämlich dieser Aufwand für einen vierköpfigen Familie, berechnet nach der Verpflegungsratung des deutschen Marinefeldbataillon, auf 22,42 Mark wöchentlich, gegen 22,51 Mark im Januar. Seit damals sind allerdings in der Preisbewegung auf dem Warenmarkt recht einschneidende Veränderungen eingetreten, die namentlich Getreide und damit weiterhin Mehl und Brot betreffen. Die Bewegung der Preise für Weizen und Roggen war schon im März unausgesprochen steigend. Im April aber setzten an den amerikanischen Getreidebörsen Spekulationsmänner ein, die den Weizenpreis auf eine ungewöhnliche Höhe trieben. Daß diese nach Ostern einsetzende wilde Preishausse in Weizen durch die Marktlage keineswegs begründet ist, wird allgemein zugegeben. Selbst in Amerika ist die Enttäufung über die neuesten Preissteigerungen so stark, daß die Regierung ein Verbot des Terminhandels in Getreide in Aussicht stellte. Die Wirkungen der amerikanischen Manöver pflanzten sich auf dem gesamten internationalen Getreidemarkt fort, und auch an den deutschen Getreidemarkten hat sich die Aufwärtsbewegung der Weizenpreise dadurch verstärkt. Würde der hohe Stand für Weizen lange fortbestehen, so müßten sehr bald auch die Mehlpreise und weiterhin die Brotpreise folgen. Eine abermalige Verteuerung der Kosten für die Ernährung wäre die unausbleibliche Folge. Damit würde die an sich schon seit Ende 1907 geschwächte Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung abermals vermindert und den günstigen Einfluß der Faktoren, die auf eine Wiederbelebung hinwirken, mehr oder weniger ausgleichen. Darum ist zu wünschen, daß nicht nur das Hauffstreben in Amerika bald sein Ende findet, sondern daß namentlich auch die europäischen Getreidepreise etwas mehr Widerstandskraft gegenüber der amerikanischen Spekulation zeigen. Denn selbst nach der Weltmarktstatistik des ungarischen Ackerbauministers, die vom Standpunkte des Exportlandes auf-

gestellt ist, reicht der Weizenerrtrag der letzten Ernte sehr wohl zur Deckung des Konsums. Die Saatenstandsberichte für die kommende Ernte lassen aber zurzeit nicht den geringsten Schluß auf den Ausfall der Ernte im laufenden Jahre zu. So ist für die augenblickliche exorbitante Steigerung der Weizenpreise kein anderer Grund ersichtlich, als eine volkswirtschaftlich im höchsten Grade schädliche Spekulation, die bei der heutigen Art des Getreidehandels namentlich von Amerika aus von Zeit zu Zeit immer wieder mit Erfolg in Szene gesetzt wird.

Berlin, am 18. April 1908.

Richard Calwer.

(Infolge einer längeren Studienreise des Genossen Max Schippel hat Genosse Richard Calwer bis auf weiteres die Bearbeitung der Rundschau übernommen. Anmerkung der Redaktion.)

Scharfmacherbetze gegen die Sozialreform.

Die den Reichstag gegenwärtig beschäftigenden sozialpolitischen Gesetzesentwürfe — Arbeitsstammengesetz und Gewerbeordnungsnovelle —, die möglicherweise den Arbeitern eine kleine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage verschaffen und ihre Position gegenüber dem Unternehmertum stärken könnten, haben die Scharfmacher wieder allesamt auf die Beine gebracht. An allen Ecken und Enden wird in Entwürfsresolutionen gemacht und der Widerstand gegen die „unvernünftige, die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie und die Autorität des Reiches schädigende sozialpolitische Gesetzesmacherei“ organisiert. So wendete sich in der Sitzung der Augsburger Handelskammer vom 23. April der Syndikus Dr. Büttner in scharfer Weise gegen die Beschlässe der Reichstagskommission zur Gewerbeordnungsnovelle. Im Interesse der dort stark vertretenen Textilindustrie sprach er sich zunächst gegen die Ausdehnung des Fortbildungsschulzwangs auf weibliche Arbeiter aus, da sich bei dem herrschenden Bestreben, die Fortbildungsstunden in die Tageszeit zu verlegen, ein beträchtlicher Verlust an Arbeitsstunden ergebe. Die Einführung obligatorischer Arbeiterauschüsse sei abzulehnen, denn wenn der Entwurf den Arbeiterauschüssen auch nur das Recht der Meinungsäußerung, Gutachtenabgabe und Beschwerdeführung zuerkenne, würden die Arbeiter bald zu der ihnen zu gewährenden Form der Vertretung auch einen materiellen Inhalt verlangen und für den Arbeiterauschuss ein Recht der Zustimmung und Ablehnung gegenüber gewissen Maßregeln der Betriebsleitung fordern. Auf diesem Wege würde man durch die Arbeiterauschüsse zu der sogenannten konstitutionellen Fabrik gelangen, einem System, das die Industrie wegen seiner Gefahren für die wirtschaftliche Weiterentwicklung Deutschlands ablehnen müsse. Alles, was zu einem Mitbestimmungsrecht der Arbeiter über die Betriebsleitung führe, verdiene, im Reiche bekämpft zu werden.

Gegen den Auktionslohnbeschluss, die neunstündige Maximalarbeitszeit und die Ausdehnung der Gewerbeaufsicht auf das Handelsgewerbe wandte sich Dr. Büttner entschieden und verneinte ein Bedürfnis. Die Kammer beschloß, das Reichsamt des Innern und die bayerische Staatsregierung zu ersuchen, die Novelle in der heutigen Fassung nicht zum Gesetz werden zu lassen. Zur Einführung der Arbeitskammern verlangt die Kammer von der Regierung die Wiederherstellung der Regierungsvorlage und Sinaufhebung des Wahlalters. Die Wählbarkeit der Beamten der Arbeiterorganisationen sei zu bekämpfen, es sei verfehlt, berufsmäßige Vertreter der Arbeiter zu Verhandlungen zuzulassen.

In derselben Tonart schallt es fast aus allen Berichten der übrigen kapitalistischen Korporationen und auch aus der Einladung des Zentralverbandes deutscher Industrieller zu der am 20. d. M. in Berlin tagenden Delegiertenversammlung, die sich ausschließlich mit dem Arbeitsstammengesetz und der Gewerbeordnungsnovelle beschäftigen wird. Die Herren „Rued, Hügel und Genossen“ wissen, wie der Rummel zu arrangieren ist, um jeden wirklichen sozialreformatorischen Fortschritt zu hintertreiben; ihr Schreiben wird auch diesmal nicht ohne den gewünschten Erfolg bleiben, wenn sich die Arbeiterkassen nicht rechtzeitig und energisch rührt.

Aufforderung zum Kontraktbruch

durch den Landesverband der Bauarbeiter-Verbände im Herzogtum Braunschweig.

Der Verband mit diesem entsetzlichen Namen sucht es seinen großen Brüdern in der Scharfmacherei gleichzutun, sucht die Arbeiter durch Listen schwarz zu schreiben, die es wagen, an eine Verbesserung ihrer Lage zu denken. In Blankenburg a. S. streiken zurzeit bei der Firma Gebr. Schönfeld die Steinmeyer. Da der Verband mit dem langen Namen auch seine Zweckmäßigkeit beweisen muß, so hat er folgendes Schreiben an seine Mitglieder verfaßt:

Landesverband der Bauarbeiterverbände im Herzogtum Braunschweig.

Braunschweig, 15. April 1908.

P. P.

Bei der Firma Gebr. Schönfeld in Blankenburg, Harz, Mitglied des hiesigen Arbeiterverbandes, haben die nachbenannten Steinmeyer, welche zum Teil auch Maurer sind, die Arbeit niedergelegt, weil ihre Lohnforderung nicht bewilligt wurde. Wir bitten, die streikenden Arbeitnehmer nicht zu beschäftigen und etwa bereits eingestellte sofort wieder zu entlassen.

Hochachtungsvoll!

Der Vorstand des Landesverbandes der Bauarbeiterverbände im Herzogtum Braunschweig, Franz Ausmeyer, Vorsitzender.

Darunter folgen dann die Namen, Geburtstag, -Jahr und -Ort von 13 Streikenden, die so durch die Hungerpeitsche der Unternehmer wieder in ihr Joch zurückgetrieben werden sollen. Wenn es nach dem Willen der Unternehmerorganisation ginge, müßten alle diejenigen Arbeiter eines elenden Hungertodes sterben, die es wagen, sich der brutalsten Ausbeutungspolitik zu widersetzen. Gegen diese Gesetze der Unternehmung kann nur die starke Organisation der Arbeiter helfen, die allein imstande ist, den Uebermut und die Ausbeutungssucht der Unternehmer herabzubämmen. Uebrigens scheut sich die Unternehmerorganisation mit dem langen Namen nicht einmal, ihre Mitglieder und die Unternehmer selbst zu ungesetzlichen Handlungen, zum Kontraktbruch, aufzufordern. In manchen Gegenden wird zwischen dem Unternehmer und den Arbeitern zweifellos noch eine Kündigungsfrist vereinbart. Diese Unternehmer aber werden von dem langnamigen Verbands eruchtet, die Streikenden sofort zu entlassen, die etwa eingestellt sein sollten, wobei auf das in den schwarzen Listen fettgedruckte Wort „sofort“ besonderer Wert gelegt wird. Wir können jedem auf diese Weise entlassenen Gebrüder Schönfeldschen Steinmeyer und Maurer nur raten, in solchem Entlassungsfalle unter allen Umständen zunächst von dem Unternehmer den Lohn für die nicht eingehaltene Kündigungsfrist einzulagern und dann noch gegen den Landesverband der Bauarbeiter auf Schadenersatz für die Zeit zu klagen, für die die Betroffenen durch die schwarzen Listen nach ihrer sofortigen Entlassung keine Beschäftigung zu finden vermögen. Soffentlich werden aber auch die schwarzen Listen des Bauarbeiterverbandes für die Gebr. Schönfeld nicht den gewünschten Erfolg haben. Zugug von Steinmeyer und Maurern nach Blankenburg am Harz ist auf jeden Fall fernzuhalten.

Carifverträge in Italien.

(i. c.) In seiner letzten zur Ausgabe gelangten Märznummer beginnt das Bulletin des italienischen Arbeitsamtes die Veröffentlichung der wichtigsten Carifverträge, die zwischen Unternehmern und Arbeiterorganisationen abgeschlossen wurden. Berücksichtigung findet das letzte Vierteljahr 1908, währenddessen acht Carifverträge abgeschlossen wurden. Vier von diesen kamen nach einem Streik zustande. Was die Dauer betrifft, so wurden vier Carifverträge für unbestimmte Zeit abgeschlossen, zwei sollen gelten bis zum Ende des Jahres 1910 und einer bis zum Frühjahr 1912; nur der Vertrag für die Arbeit in den Reisfeldern bezieht sich auf eine einzige Saison. In zwei Verträgen wird der 1. Mai ausdrücklich als Festtag anerkannt, nämlich in dem der Müller der Provinz Modena und der Radierer der Stadt Mailand. Bei den andern Carifverträgen dürfte die Arbeitsruhe am 1. Mai stillschweigend als selbstverständlich angenommen werden. Von besonderem Interesse ist der Carifvertrag, den der Verband der Mühlenbesitzer mit der Gewerkschaft der Müller der Provinz Modena abgeschlossen hat. Hierin verpflichten sich nämlich die Unternehmer, nur organisierte Arbeiter anzustellen, und die Arbeiter ihrerseits nur bei dem dem Unternehmerverband angehörenden Unternehmern zu arbeiten. Die nach einem Streik geschlossene Vereinbarung setzt weiter fest, daß die Unternehmer alle die bei ihnen beschäftigten Arbeiter, die etwa das Konkordat ablehnen sollten, finanziell entschädigen müssen. Beachtung verdient weiter der Vertrag zwischen der Kommission der Schneidermeister von Como und dem gleichnamigen Kreise auf der einen und der Kommission auf der andern Seite. Hier handelt es sich nämlich um einen Carifvertrag für Heimarbeiter, der den Akkordlohn für jedes einzelne Stück festsetzt und der beteiligten Arbeiterkategorie wesentliche Fortschritte sichert. Auch der Carifvertrag für die Reisarbeiterinnen verdient hervorgehoben zu werden, weil er alle Reisarbeiter und reisbauenden Grundbesitzer der Provinzen Mortara, Novara und Verceil betrifft, und der Zahl der Kontrahenten nach wohl der wichtigste bisher abgeschlossene ländliche Carifvertrag ist.

Die acht in dem Bulletin veröffentlichten Carifverträge wurden zwischen den folgenden Parteien abgeschlossen: Der Sut-fabrik Bacchi in Luzzara und der lokalen Gewerkschaft der Sut-arbeiterinnen, zwischen der Gesellschaft Savini in Mailand und der Streikkommission des Orchesterpersonals, der Organisation der Transportunternehmer von Monza und Mailand und der lokalen Gewerkschaft der Fuhrleute, zwischen den Textilunternehmern von Monza und der dortigen Sektion des Zentralverbandes der Textilarbeiter, zwischen dem Verband der Radierermeister und der Hilfskasse der Radierer in Mailand, zwischen der Organisation der Mühlenbesitzer der Provinz Modena und den Vertretern ihres Personals, zwischen den Schneidermeistern des Kreises Como und der Kommission der Schneider und schließlich zwischen den Verbindungen der Grundbesitzer von Mortara, Novara und Verceil und dem Zentralverband der italienischen Landarbeiter.

Wenn die neu begonnene Veröffentlichung dahin ausgeht, daß sie alle, auch die kleineren, Carifverträge umfaßt, wird sie zweifellos wertvolles Material über die Entwicklung der italienischen Carifverträge und im allgemeinen über die Methoden und Machtmittel der italienischen Gewerkschaftsbewegung liefern.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Bei Versendung der neuen Mitgliedsbücher im Dezember vorigen Jahres war jeder Zahlstelle eine Aufnahmefliste beigelegt. In dem Begleitschreiben ist unter Punkt F folgendes angeführt: „Die beigelegte Aufnahmefliste der Zahlstelle ist auszufüllen und an den Zentralvorstand einzusenden. Die Zusammenstellung soll nach der laufenden neuen Buchnummer erfolgen. Mitglieder mit Interimskarten werden am Schluß aufgeführt.“ Bis jetzt sind knapp die Hälfte der Aufnahmeflisten von den Zahlstellen eingelangt, wir ersuchen die Ortsverwaltungen, selbige bald zu erledigen. In einer der nächsten Nummern werden wir die Zahlstellen veröffentlichen, die ihre Listen noch nicht eingefandt haben.

Zum wiederholten Male werden die Ortskassierer ersucht, bei Krankmeldungen sowie Berechnungen stets die Mitgliedsnummer anzugeben; ohne dieses kann die Sache nicht erledigt werden. Für diejenigen Mitglieder, welche im vorigen Jahre auf die alten Nummern nach Krank gemeldet sind, sind die Berechnungsbelege baldigt, und zwar mit der Nummer, worauf sie krank gemeldet sind, einzusenden.

Auf Interimskarten können Krankmeldungen nicht mehr angenommen werden.

Alle Geldsendungen für Beiträge, Abonnements, Inzerate usw., sind nur an die Adresse von Ludwig Geist, Leipzig, Zeiger Straße 32, zu senden.

Der Versand von neuem Material erfolgt nur immer erst dann, wenn die vorhergehende Lieferung zum größten Teil bezahlt ist. Bestellungen wie: „Sende mir noch schnell zur Abrechnung 75 Beitrags- und 40 Erwerbslosenmarken“, bleiben unberücksichtigt. Zur Abrechnung genügen den Revisoren die Postquittungen ebenso gut wie bares Geld.

Bei Bestellungen von neuem Material wollen die Kassierer etwas zusammenfassender bestellen. Man bestelle nicht heute Beitrags-, morgen Erwerbslosen- und in einigen Tagen Eintrittsmarken. Ein Kassierer muß soviel Ueberblick über seine Sache haben, daß er weiß, was für Material er in den nächsten Tagen braucht. Es wird dabei viel an Zeit und Porto gespart.

Korrespondenzen

Berlin. In stark besuchter kombinierter Versammlung beschlossen die hiesigen Kollegen, den 1. Mai nach Möglichkeit durch Arbeitsruhe zu feiern. Die Entscheidung hierüber wurde den Kollegen der einzelnen Geschäfte überlassen. Als selbstverständlich wurde vorausgesetzt, daß diejenigen Kollegen, welche nur die Einbuße des Tagesverdienstes zu erwarten haben, ohne weiteres moralisch verpflichtet seien, die Arbeit ruhen zu lassen. Mit Rücksicht auf die noch immer andauernde Arbeitslosigkeit am Orte wurde ferner beschlossen, für die sofortige größtmögliche Einschränkung der Arbeitszeit zu wirken. Ueberschreitungen der tariflich vorgegebenen Arbeitszeit jedoch mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. An die auswärtigen und reisenden Kollegen wurde der Appell gerichtet, von der Arbeitsruhe am Orte Abstand zu nehmen, bis wieder normale Arbeitsverhältnisse eingetreten sind. Eingeleitet wurde die Versammlung mit einem beifällig aufgenommenen Vortrage des Genossen Fritz Kunert über die Stellung des Staates zur Schule und Kirche. Die Agitation in den Grabsteingeschäften ist in vollem Gange, der Geschäftsgang derselben im Vergleich zu den Vorjahren jedoch erheblich flauer. Noch sind nicht alle Schriftbauer untergebracht, was zum Teil auf die zunehmende Anwendung der Sandstrahlgebälge zurückzuführen ist, für welche die „Kassierer“ unserer Grabsteinunternehmerkassen ganz besondere Vorliebe an den Tag legen. Ein anderer Konkurrent erwacht uns in Angehörigen anderer Berufe, welche jedoch infolge der Krise keinen Unterschlupf in eigenen Berufe finden können. Vorzugsweise kommen hier die Bildhauer in Betracht. Ihnen das Arbeitsfeld freitig zu machen, wäre ein nutzloses Beginnen, um so mehr müssen wir darüber machen, daß die bestehenden Verhältnisse nicht noch ver-

schlecht werden, sondern daß alle im Berufe tätigen Personen an der Verbesserung der Verhältnisse in der Grabsteinbranche tätig sind.

Blankenburg. Die Firma Gebr. Schönfeld hatte am 1. Januar d. J. ihren Steinmetzen zum 1. April den Tarif gekündigt und zum Abschluß eines neuen Tarifs sich auf ein hohes Pferd gesetzt, wohl auch geglaubt, nach dem vorjährigen System wirtschaften zu können. So ist nun die erste und bekannteste Methode, daß sie sofort nach jeder den Steinmetzen aufgezwungenen Arbeitsleistung jemandem nach dem Rathause sendet und dort ihre Not klagt: „Unsre Steinmetzen haben schon wieder die Arbeit eingestellt; die Leute verdienen doch so viel Geld; so hat z. B. der Müller so viel und der Kunze noch mehr verdient.“ Da betreffende Firma aber wohl die einzige am Orte ist, welche nur alle 14 Tage Lohn zahlt, ist hier ein Irrtum wohl leicht möglich. Nämlich, daß in diesem großen Hause angenommen wird, dieses sei für eine Woche. So suchte sie zu Anfang des Streiks in Süddeutschland Steinmetzen mit folgenden Eigenschaften: Gewünschte Elemente müssen vom Lande sein, dürfen keiner Organisation angehören und widerstandsfähig sein — aber nicht Herrn Schönfeld gegenüber, sondern dem Wetter, da die Firma eine Betriebskrankenkasse eingerichtet hat und für die Woche 7,50 Mark Krankenunterstützung zahlt. Das Resultat war aber fruchtlos. Nun erlor sich die weltbekannte Firma Herrn Gense in Berlin, Amsterdamer Straße 3, zum Vermittler für Steinmetzen, aber dieser Herr hat die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Er kam nämlich erst nach Blankenburg und machte Quartier, und dann suchte er Steinmetzen in Berlin. Aber auch dieser Transport scheint zum Verdruß der Firma und zur Freude der Streikenden verunglückt zu sein. — Nun hat die Firma sich einer dritten Person aus Bernburg a. S. anvertraut. Dieser war es gelungen, zwei Lehrlinge aus Bernburg als Arbeitswillige zu erhalten. Da aber auch die Eltern der Betreffenden nicht damit einverstanden waren, so haben diese das Eldorado der Gebr. Schönfeld wieder verlassen. Trotz der schönen Briefe und Versprechung von dauernder Arbeit bei 60 Pfg. Stundenlohn.

Dröbzig. In der am 21. April stattgefundenen Versammlung der organisierten Steinarbeiter wurde das Verhalten der Unternehmer zur Stellungnahme des neuen Tarifs verhandelt. Die Unternehmer weigern sich, in Tarifverhandlungen einzutreten, und verlangen, den alten Tarif, welcher am 1. Mai abläuft, wieder auf ein Jahr anzunehmen. Dies ist unter keinen Umständen möglich, da für Verhältnisse, welche mit 1,30 Mark im Tarif verzeichnet sind und schon vor 12 Jahren derselbe Preis pro Irb. Meter bezahlt wurde, von einem Unternehmer jetzt 70 Pfg. gezahlt werde, desgleichen sind für Stufen pro laufenden Meter 10 Pfg. in Abzug gebracht. Da nun die Unternehmer sich an ihren Auspruch der ersten Tariffassung halten, in keine Tarifverhandlung mit uns einzutreten, wurde von der Versammlung, wo alle organisierten Kollegen anwesend waren, einstimmig folgender Beschluß gefaßt: „Die organisierten Steinarbeiter erklären, durch das Verhalten der Unternehmer vom 1. Mai 1909 an die Arbeit in den Brichen ruhen zu lassen, sich andre Beschäftigung zu suchen und die Arbeit nicht eher wieder aufzunehmen, bis die Unternehmer sich bereit erklären, mit uns in Verhandlungen einzutreten.“ Da schon sechs Kollegen abgereist sind und nur noch wenige Mann in Betracht kommen, welche auch noch Beschäftigung finden, wird es ein Leichtes sein, den Kampf siegreich durchzuführen, da Zuzug fremder Kollegen in unser Bruchgebiet vollständig ausgeschlossen ist.

Sangerhausen. Am 22. April fand unsere Monatsversammlung statt. Die Abrechnung vom 1. Quartal, sowie die Kasse, ist von den Revisoren in bester Ordnung gefunden. Dem Kassierer konnte leider, da er krankheitsbedingt verhindert war, in der Versammlung zu erscheinen, keine Decharge erteilt werden. Zum 2. Punkt: Maifester, wurde einstimmig beschlossen, dieselbe auch in diesem Jahre durchzuführen, würdig im Besonderen, indem früh ein Ausflug nach abends Versammlung im Schloßheller stattfinden. Sehr bedauert wurde, daß uns kein größeres Lokal zur Verfügung steht. Im Punkt Verschiedenes traten drei verheiratete Kollegen, welche schon lange außer Arbeit sind, mit der Bitte heran, ihnen eine Unterstützung zu gewähren. Nach längerer Debatte wurde denselben eine einmalige Unterstützung von 20 Mark aus der Kasse bewilligt. Auch wurde über die Rücksicht vom Verbandsauschuß betr. Ablehnung der Maßregelungsunterstützung für Kollegen Maurer scharf kritisiert und wurde beschlossen, auf dem nächsten Verbandstag dahin zu weisen, daß derartige Fälle später nicht wieder abgelehnt werden. Weil unsere Plagklasse durch die viele Inanspruchnahme finanziell immer schlechter steht und es unmöglich ist, bei diesen schlechten Arbeitsverhältnissen das Plaggeld noch mehr zu erhöhen, wurde beschlossen, dasselbe in Wegfall zu bringen und durch Erhöhung des Beitrags von 70 auf 80 Pfg. in ein Vokalgeschenk umzuwandeln. Mithin werden künftig 50 Pfg. Vokalgeschenk und eine Nacht frei schlafen gewährt. Die Krise, welche sich auch hier sehr bemerkbar macht, wird von früheren Auchkollegen sehr ausgenutzt, denn die Löhne von 12—20 Mark, welche gegenwärtig verdient werden, scheinen diesen Herren noch viel zu hoch zu sein. Mit dem Hinzeis, am 1. Mai alle pünktlich zur Stelle zu sein, schloß der Vorsitzende die gut besuchte Versammlung.

Leipzig. Am 23. April tagte im Brandenburger Hof eine gut besuchte Steinarbeiterversammlung. Die Tariff Kommission gab den Bericht über die Verhandlungen mit den Unternehmern. Da eine 6—8prozentige Erhöhung der Tarifsätze gefordert war, lehnten die Unternehmer jede weitere Verhandlung ab. Sie wollten nur dann verhandeln, wenn alle Forderungen aufgegeben werden. Die Tariff Kommission wurde beauftragt, auf Grund des alten Tarifs weiter zu verhandeln, unter keinen Umständen aber auf Abgabe des bestehenden Tarifs in bezug auf Leichstein und schräge Lager einzugehen. Eine Kontrolle, wieviel Steinarbeiter dem Verbandsverbande in Leipzig noch fernstehen, hatte als Resultat: in 19 Grabsteingeschäften sind 34 Mann beschäftigt, davon sind 19 nicht im Verbandsverbande, in 14 Kunsthandsteingeschäften stehen 28 Mann, davon sind 8 nicht im Verbandsverbande, von 117 Sandsteinarbeitern gehören 3 dem Verbandsverbande nicht an, von 37 Marmorarbeitern stehen noch 19 dem Verbandsverbande fern. Weiter wurde beschlossen, auch dieses Jahr den 1. Mai durch allgemeine Arbeitsruhe zu feiern. Das Andenken der verstorbenen Kollegen Richard Reich und Leo Hein wurde in der üblichen Weise geehrt.

Münster. Am 25. April fand unsere Mitgliederversammlung statt, welche leider sehr schlecht besucht war. Der Vorsitzende gab den Bericht über die Lohnbewegung in Altrup, woraus zu entnehmen war, daß die Kollegen ohne Arbeitsunterstützung einen sehr guten Erfolg erzielt haben. Der Stundenlohn ist von 55 Pfg. auf 60 Pfg. erhöht, außerdem kommt in Zukunft sämtliche Akkordarbeit in Wegfall. Unter Mitwirkung des Betriebsleiters Dennert ist das Resultat zugunsten der Kollegen ausgefallen. An den Kollegen liegt es jetzt selber, daß das, was erzielt worden ist, auch hochzuhalten ist. Im Punkt Verschiedenes kam die am kommenden Sonntag stattfindende Maifeier zur Sprache und wurde vom Kollegen Zumbirln darauf hingewiesen, daß sich sämtliche Kollegen daran beteiligen sollen. Zum Schluß wurden noch drei Kollegen neu aufgenommen. Hierauf schloß der Vorsitzende mit einem Appell an die anwesenden Kollegen, die nächste Versammlung, die im Mai stattfindet und zu welcher auch Gauleiter C. Herrmann erscheinen wird, tüchtig zu agitieren und möglichst Indifferente zu gewinnen, die Versammlung.

Nebra. Am 19. April fand eine Versammlung der hiesigen Kollegen statt. Im ersten Punkt der Tagesordnung: Tarifangelegenheiten, wurde beschlossen, weil noch verschiedene Kollegen arbeitslos sind und die Konjunktur eine schlechte ist, nach dem bisherigen Tarif weiterzuarbeiten. Im weiteren wurde auf Antrag der organisierten Gewerkschaften beschlossen, gemein-

schaftlich ein Gewerkschaftsfest zum 2. Mai zu feiern und einen Festredner hierzu zu bestellen. Mit einer Mahnung, trotz der Krise den Verband hochzuhalten, wurde die Versammlung geschlossen.

Striegau. Am 25. April tagte im Fürst Bismarck eine Versammlung der Streikenden, in der vom Vorsitzenden zunächst festgestellt wurde, daß bis jetzt mit Ausnahme der vier Streikbrecher, die in den ersten 14 Tagen abfielen, weiter keine Streikbrecher zu verzeichnen sind. Weiter konnte noch konstatiert werden, daß von seiten unserer Kollegen bis jetzt der Lohnkampf mit der größten Ruhe und Ueberlegung geführt wurde. Diese Tatsache ist zwar erfreulich, aber auch notwendig, und die bisher vorhandene Einmütigkeit muß auch in der Zukunft aufrecht erhalten werden. Nach dem Verhalten der Unternehmer können wir mit Sicherheit annehmen, daß die Zahlstelle Striegau und damit auch der Gesamtverband einen außerordentlich hartnäckigen und schweren Kampf durchzuführen haben. Die schwerreichen Striegauer Granitindustriellen haben es sich ansehend in den Kopf gesetzt, unsre Zahlstelle, die sich in den letzten Jahren so gut entwickelt hat, auseinander zu sprengen. Ob ihnen ihr Vorhaben gelingen wird, ist eine andre Frage. Auf jeden Fall aber müssen wir uns auf einen langen Kampf einrichten, das beweist der Umstand, daß die Unternehmer auf ein Schreiben, das der Vorsitzende im Auftrage der Kollegen an diese richtete, gar nicht erst antworteten. Mit derselben Arroganz, mit der sie ihre Arbeiter aus den Betrieben hinauswarfen, lehnen sie auch jede Verhandlung ab. Für sie gibt es nur bedingungslose Unterwerfung. Bis dahin ist aber noch ein weiter Weg. Einstimmig erklärten alle Redner, daß eine Arbeitsaufnahme nur unter den alten Bedingungen möglich ist. Erbaulich ist, welche Aufgaben der Unternehmer Franz Rhoder unsern Verbandsmitgliedern er meinte, es wäre doch besser, wenn wir die 1/2 Million Verbandsvermögen zur Unterstützung der in den Betrieben zum Krüppel gewordenen Arbeiter verwenden würden. — Ein großartiger Gedanke! Wenn die Arbeiter auch noch diese Lasten auf sich nehmen würden, dann wäre die ganze soziale Versicherungsgebung überflüssig und die Unternehmer könnten auch noch diesen Teil des Arbeitslohnes als Profit einstecken. Im Verlaufe der äußerst lebhaften Debatte wurde auch noch das Verhalten der Polizei in den Betrieben einer Kritik unterzogen. Eine ganz besondere Rolle spielen hierbei einige Beamte der Firma Lehmann. So tritt zum Beispiel der Prokurist der Firma Recht und Gesetz direkt mit Füßen. Nicht genug, daß die Arbeiter aus den Betrieben hinausgeworfen wurden, verweigert ihnen dieser Herr auch noch die freiwillige Mitgliedschaft bei der Betriebskrankenkasse. Will ein Arbeiter einen Entlassungschein haben, bekommt er keinen. Nicht einmal eine Bescheinigung erhalten die Arbeiter darüber, daß sie Mitglied der Krankenkasse waren, und laufen Gefahr, wenn sie ein neues Arbeitsverhältnis eingehen, Eintrittsgeld in die Krankenkasse bezahlen zu müssen. Steuerbeiträge, die dreiviertel Jahre zurückliegen, werden den Arbeitern vom Lohn abgezogen, entgegen dem § 4 des Lohnbeschlagnahmegesetzes. Das letztere sind alles offenbare Gesetzesverletzungen. Anders denkt natürlich einer der „Aufpasser“ oder „Poliere“, wie man sie gewöhnlich nennt. Er hat sich zum Ziel gesetzt, sobald die Arbeiter wieder in die Betriebe kommen, so wolle er sie so lange schließen, bis ihnen das Weiße aus den Augen trete. Sehr humane Behandlung! Die Striegauer Granitarbeiter werden daraus aber die Lehre ziehen, daß nur eiserner Zusammenhalt sie vor Uebergriffen schützt.

August Frank †.

Wieder hat der unerbittliche Würgengel Berufskrankheit der Zahlstelle Ulm einen schier unersehlichen Verlust zugefügt. **Kollege Frank war weit über die Grenzen des Schwabenlandes bekannt und geachtet.** Er eignete sich so recht als ein Führer in der modernen Arbeiterbewegung und stand lange Jahre mit an der Spitze der Ulmer Gewerkschafts- und Parteibewegung. Bereits ein volles Jahr war der treue Kämpfer an das Krankenlager gefesselt, aber bis zu seinem letzten Atemzuge behielt er seine Ämter in der Ulmer Arbeiterbewegung und gab seine ungetrübten und von allen Seiten geschätzten Ansichten zum Nutzen der Allgemeinheit ab. Er gab den verantwortungsvollen Posten des Kassierers der Zahlstelle Ulm nicht ab, weil er förmlich mit der Bewegung verhasst war. Am 3. April, als ihm die Füße den Dienst verweigerten, ließ er sich noch von einem Arbeitsgenossen in das Wahllokal tragen, um nicht um sein politisches Recht zu kommen und gab seine Stimme zur Ulmer Landtagswahl ab. Durch das Vertrauen seiner Arbeitskollegen wurde Frank oft auf Konferenzen nicht nur in Württemberg, sondern auch nach Bayern entsandt. Auch auf zwei Verbandstage, in Erfurt 1906 und in Nürnberg 1908 wurde Frank delegiert, und zeugt es von großer Wertschätzung des allzufrüh verbliebenen Kollegen, daß er gleich in Erfurt zum Schriftführer des Verbandstages gewählt wurde. Wohl mit Recht darf auch behauptet werden, daß Frank als Mitarbeiter des Fachblattes sehr geachtet war. In der Geschichte der modernen Arbeiterbewegung hat sich der Verstorbene ein unvergleichliches Denkmal gesetzt, da wird, wenn diese einmal geschrieben, auch der Name Frank mit ehernen Lettern verzeichnet sein.

Was Frank für die Allgemeinheit leistete, das war er auch in seiner Familie. Die Gattin betrauert den treu sorgenden Gatten und die zwei unmündigen Kinder den lieben Vater.

Kollegen, wir ehren den Toten am besten, wenn wir ihm nachzueifern suchen und das ihm entsunkene Geistesbanner aufgreifen und mutig vorantreiben.

Ein nationaler Arbeiter als Totschläger.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung hält es für anständig, ohne Prüfung alle Notizen zusammenzutragen, die sich gegen die organisierte Arbeiterbewegung auswirken lassen. So darf es denn auch nicht wunder nehmen, daß das Blatt des Fürsten Bismarck eine Erzählung der Ruffhäuser Korrespondenz übernimmt, deren Arbeiterfeindschaft nicht nur von sozialdemokratischen, sondern auch schon von weit nach rechts stehenden Blättern an den Pranger gestellt worden ist. Verleumbete das Organ der Kriegervereine doch wiederholt die Führer der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung mit der völlig aus der Luft gegriffenen Behauptung, daß sie einen beträchtlichen Teil der von den Arbeitern aufgetragenen Gewerkschaftsbeiträge in die eigene Tasche steckten. Diese trübe Quelle muß nun für die Norddeutsche Allgemeine Zeitung von neuem herhalten, um den Gewerkschaften eins anzuhängen. Am 17. März ist der Brauergeselle Alfred Ludwig aus Weiningen vom Schwurgericht zu Gotha wegen Totschlägers unter Annahme mildernder Umstände zu neun Monaten Gefängnis verurteilt worden. Er hatte seinen Kollegen in der Arnoldschen Brauerei zu Gotha, den Brauer Kühn mit einem Revolver zu töten versucht, weil dieser ihm nach seinem Austritt aus dem Verbandsverbande Widerwärtigkeiten bereitet habe. Mit wem man es in der Person des Angeklagten Ludwig zu tun hat, ist am besten von der aus der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung abgedruckten Notiz der Ruffhäuser Korrespondenz selbst zu entnehmen. Sie schreibt unter anderem:

Trotz des belastenden Tatbestandes befand sich jedoch das Gericht mit Einschluß des Staatsanwaltes mit seinen Gefühlen

durchaus bei dem Angeklagten, der von seinem verlegten Arbeitsgenossen Kühn in Verbindung mit andern seit Jahren in gefährlichster Weise verfolgt worden ist. Der Grund dafür war der, daß Ludwig einen Fleiß und eine Teilnahmefähigkeit für das Geschäft bekundet hat, die Kühn sowohl wie ein anderer Arbeitsgenosse des Angeklagten, Möhbauer, als unkollegialisch und gegen die Anschauungen des neuzeitlichen Arbeiters verstoßen betrachteten.

Daß ein Mann wie der Brauer Ludwig, auch wenn er einen Rittmenschen umzubringen versucht, sozusagen im Fluge die Zuneigung aller im Dienste des Kapitalismus stehenden Organe gewinnt, ist ebenso selbstverständlich, als daß ein gewerkschaftlich organisierter Arbeiter als Terrorist verurteilt wird, wenn er einen Streikbrecher auch nur schief ansieht.

Der Brauer Ludwig war ein exaltierter Mensch. Der Mann, der mit der gelinden Strafe von 9 Monaten Gefängnis davonkam, rühmte sich seiner Tat, und sprach sein Bedauern darüber aus, daß er seinen Kollegen Kühn nicht besser getroffen habe. In der Gerichtsverhandlung stellte der als Zeuge vernommene Braumeister Kämmerhirt aus Eisenach den Angeklagten als einen aufgeregten Menschen hin, der seine Arbeiten schlecht ausgeführt habe. Es habe ihm geschienen, so heißt es im Bericht, als ob Ludwig einen Klapps hätte, der vielleicht davon herrührte, daß er sich politisch zu viel beäugte. Wie wenig andererseits aber der von Ludwig angegriffene Brauer Kühn die gegen ihn im kapitalistischen Interesse erhobenen Vorwürfe verdient, möge folgendes Zeugnis zeigen, das er bei der kürzlich erfolgten Entlassung ausgesprochen hat:

Hiermit wird bescheinigt, daß der Brauer Willy Kühn aus Stuhnsdorf bei Ohrdruff vom 14. August 1900 bis heute in der Arnoldschen Bierbrauerei in Gotha gearbeitet hat. Kühn war abwechselnd in der Schwankhalle, im Lager- und Gärfelder und zuletzt als Stellvertreter des Gärführers beschäftigt.

Gotha, den 19. März 1909. Arnoldsche Bierbrauerei. R. Panse.

Hieraus geht hervor, daß der als untüchtig und hegerisch hingestellte Arbeiter fast neun Jahre in der Brauerei tätig war, also doch wohl keineswegs untüchtig und unverträglich gewesen sein kann. Nebenher sei noch bemerkt, daß die Brauerei den so lange in den verschiedenen Zweigen des Betriebes tätig gewesen Brauer Kühn einzig aus Anlaß der Gerichtsverhandlung auf die Strafe gesetzt hat. Gegen dies Stück Maßregelung, das an dem Opfer des Totschlägers verübt wurde, hat die kapitalistische Presse selbstverständlich nichts einzumenden.

Herbergen zur Heimat als Streikbrecher-Vermittlungsinstitute.

In Hannover befinden sich gegenwärtig die Klempner und Installateure im Auslande. Dadurch sind die bezopften, in der Innung vereinigten Meister in arger Verlegenheit. Doch der Vorstand dieser Innung weiß sich zu helfen. Wozu gibt's denn Herbergen zur Heimat? Dort läuft ja vielerlei Volk zusammen, schließlich kann man dort auch Streikbrecher aufgabeln. Und so verbündet er an die Hausväter der Herbergen zur Heimat gedruckte Postkarten, durch die Klempner und Installateure nach Hannover gelockt werden sollen. Der Inhalt der Postkarten, von denen eine auch nach Nordhausen an die Herberge gesandt wurde, ist folgender:

Unterzeichneter ersucht Sie höflichst, da hier circa 100 (!) Klempner und Installateure lohnende Beschäftigung finden können, dieses längere Zeit jeden Tag dort bekannt zu machen.

Im Voraus für Ihre Bemühungen bestens dankend zeichnet

Vorsichtingssvoll
Der Vorstand der Klempner- und Installateur-Innung zu Hannover.

Dieser raffinierte Innungstrick, der nicht erkennen läßt, ob es sich um Anwerbung von Streikbrechern handelt, der aber keinen andern Zweck verfolgt, könnte dazu angehen, Leichtgläubige zu Streikbrechern werden zu lassen. Uebrigens sei darauf hingewiesen, daß die händelverischen Klempner und Installateure bisher noch mit Stundenlöhnen von 37 Pfg. abgepeist wurden. Das nennen dann die bezopften Innungsmenschen „lohnende Beschäftigung“.

Irregeführte Mildtätigkeit.

Als die Kunde von dem furchtbaren Unglück auf der Zehle Madbod die Welt durchwehte, regte sich überall die Teilnahme für die Hinterbliebenen der unglücklichen Grubenklaven; von allen Seiten floßen Mittel für die Witwen und Waisen der Opfer kapitalistischer Profitgier. In ihrem soeben erschienenen Jahresbericht für 1908 geht nun die Dortmunder Handelskammer, die sich besonders als Organ der Unternehmer im Bergbau betrachtet, auch auf das Massenunglück zu Madbod ein und unterzieht dabei die Opferwilligkeit der Spender einer Kritik, die manchem hilfsbereiten Geber unangenehm in die Ohren klingen mag. Zwar lobt sie die offenen Hände, meint dann aber, die Gaben seien — sehr übertrieben gewesen und hätten unheilvoll gewirkt. Wörtlich sagt der Bericht:

„Dann aber wirken auch allzu große Gaben, ein übermäßiges Beschenkenwerden oft durchaus unheilvoll. Die sparsame, nur an kleine (!) Summen und Ausgaben gewöhnliche (?) Hand verliert die Tugend des ängstlichen Zurückhaltens (!) von Heller und Pfennig, gewöhnt sich an leichtes, wenn nicht leichtfertiges Ausgeben und, ist der Geschenke vorüber, so kann sie die früher geübte und erprobte Art nicht mehr wiederfinden, leidet oder strauchelt — ist schlechter daran als vorher. Ist die Hand aber stark und hält zusammen, was ihr das Unglück (!) gebracht hat, so wird ihre Inhaberin sich als „gute Partie“ schon nach Monaten kaum noch vor Anträgen aus der Männerwelt retten können. Sie ist eine von den Männern hofierte, von vielen andern Frauen benedete Witwe geworden. So kann die bestgemeinteste Wohlthätigkeit zu ungewollten üblen Konsequenzen führen, wenn sie an falscher Stelle und in übermäßiger Weise ausgeübt wird.“

Zu diesem Hohn auf die Witwen der toten Bergleute tut die Post noch ein übriges. Das Papier der Scharfmacher sagt, die Wohlthätigkeit sei hier nicht erwidert, sondern irregulär worden. Schuld daran sei die Presse, nicht nur die sozialdemokratische, sondern auch „sonst angenehme Tagesblätter aus der Reichshauptstadt“, durch die „tendenziösen Darstellungen“, „grundlosen Verdächtigungen“, „faustigen Berunglimpungen“, die „in marktshreierischer Weise fettdruckt“ waren, durch die „auf Abonnentenfanz berechneten Schauergeldberungen“ usw. Die dadurch Irregeführten „spendeten und opferten an einer Stelle, wo Opfer gar nicht, oder doch nicht annähernd in dem betätigten Maße nötig waren“. Denn — man höre und staune — von einer materiellen Not der Hinterbliebenen habe keine Rede sein können, da besonders die Knappschaffsberufsgenossenschaft wie die Zechenverwaltung äußerst reich und prompt arbeiteten.“

Man versteht die Verärgerung der Zechenbarone. Wer so wie sie in der Doffentlichkeit hat Speigbruten laufen müssen, verfiel bei allen passenden oder unpassenden Gelegenheiten sich reinzuwaschen und dafür andre unsauberer Handlungen zu bezichtigen.

Rundschau.

Die Krise und die indirekten Steuern. Die indirekten Steuereinnahmen des Jahres 1908/09 weisen einen beträchtlichen Minderertrag gegenüber dem Vorjahr auf. Die wirtschaftliche Krise führte zur Beschränkung des Massenkonsums, und auch die billigen „Zugusartikel“ des Proletariats, wie Tabak und Bier, waren nur verminderte Einkünfte ab. Die zum großen Teil auf Lebensmitteln lastenden Zölle brachten um 97 113 913 Mk. weniger als im Vorjahre, der Ertrag der Zigarettensteuer weit gegenüber einem starken Rückgang der Tabaksteuereinkünfte einen Mehrertrag von rund 1,9 Millionen auf. Die Brauereieinnahmen verminderten sich um rund 3 1/2 Millionen, die Zuckersteuer brachte dagegen rund 4 Millionen Mehrertrag. Auch die Schaumweinsteuer schloß erheblich günstiger als im Vorjahre ab. Das Gesamtergebnis der indirekten Steuereinnahme bleibt hinter den Einnahmen des Vorjahrs um rund 93 Millionen zurück; trotz der Steigerung der Einnahmen aus einzelnen Artikeln, mußte der Rückgang im Konsum der wichtigsten Lebensmittel zu diesem Endergebnis führen. Auch diese Daten zeigen, wie schwer die Krise gerade die elementarsten Bedürfnisse der Masse traf.

Der Maifeierbeschuß des Nürnberger Parteitag. Dazu schreibt das Correspondenzblatt der Generalkommission folgendes: „Der Nürnberger Parteitag hat bekanntlich die gemeinsam vom Parteivorstand und der Generalkommission vereinbarten Leitsätze über die Durchführung der Maifeier abgelehnt, gleichwohl aber auf Antrag von Frankfurt a. M. einen Beschluß gefaßt, welcher lautet:

Die Beamten, Arbeiter und Mitglieder der Partei, die am 1. Mai feiern und keinen Lohnausfall erleiden, sind verpflichtet, an die Partei- und Gewerkschaftskasse einen Tagesverdienst abzuliefern.“

Dieser Beschluß setzt eine gemeinsame Kasse von Partei und Gewerkschaften voraus, einen Fonds gemäß den Vereinbarungen zwischen Parteivorstand und Generalkommission. Mit der Ablehnung dieser Vereinbarungen fiel auch der gemeinsame Fonds an den einzelnen Orten, und dadurch war dem Frankfurter Antrag seine Grundlage entzogen. Er hätte vom Bureau des Parteitages als gegenstandslos erklärt werden müssen. Nachdem der Antrag dennoch die Zustimmung des Parteitages gefunden, empfehlen wir den Gewerkschaftsgenossen, den auf diesen Tag entfallenden Teil ihres Arbeitsverdienstes an ihre Verbandskasse, oder in Orten, wo die Gewerkschaften untereinander sich über eine gemeinsame Verwaltung solcher Gelder verständigt haben, an die gemeinsame Gewerkschaftskasse abzuliefern.

Unheimlich. Ein trasses Beispiel der Schmutzkonkurrenz in der Grabsteinbranche gibt der Inhalt folgender „Vorzugsofferte“ der Firma Karl Heimlich, Berlin-Nordend, „Spezialgeschäft“ für Grabdenkmäler.

Vorzugsofferte.

Gegen Vorzeigung dieser Karte (geschmückt mit dem unvermeidlichen Baumstamm nebst reich verzierter Glasplatte. Der Berichterstatter.) gewähre ich auf meine bekanntlich äußerst billigen, aber festen Preise einen

Rabatt von 10 Prozent.

Diese Karte braucht erst nach Abschluß des Geschäftes vorgezeigt zu werden, damit meine geehrte Kundschaft die Ueberzeugung hat, den Rabatt wirklich zu erhalten. Hochachtungsvoll Karl Heimlich.

Kein bei dieser Firma in Arbeit befindlicher oder in Arbeit tretender Kollege sollte es versäumen, sich vor Abschluß des Arbeitsverhältnisses und Uebernahme neuer Arbeiten der Anrechnung des Tarifs, welcher bis zum 31. März 1910 unverändert fortbesteht, von Seiten des Herrn Heimlich zu versichern. Nur dann können sie die Arbeit mit der befristenden Ueberzeugung leisten, nach Fertigstellung derselben den tarifmäßigen Lohn auch wirklich zu erhalten.

Eine Submissionsblüte, die alles auf diesem Gebiete bisher Dagewesene in Schatten stellen dürfte, ist kürzlich in Heidelberg jutage gefördert worden. Bei der Submission für die Vergabung des 2487 Meter langen Königstuhl-Tunnels gingen insgesamt 15 Angebote ein; das höchste von der Tiefbau- und Eisenbetongesellschaft in München mit 6 870 172 Mark, das niedrigste von der Firma Ph. Holzmann u. Co. in Frankfurt a. M. mit 3 289 170 Mark.

Der Sattlerverband blickte zu Ostern auf ein zwanzigjähriges Bestehen zurück. Mit 950 Mitgliedern und einem Vermögensbestand von 4 Mark schloß er das Gründungsjahr 1890 ab. Heute zählt der Verband 6339 Mitglieder (Jahresdurchschnitt) und der Vermögensstand ist auf 69 993 Mark angewachsen. Die Nr. 8 der Sattlerzeitung vom 9. April ist aus Anlaß des Jubiläums im Festgewand erschienen, enthaltend mehrere interessante Beiträge aus dem Wirken und Kämpfen der organisierten Sattler während dieser zwanzig Jahre. — Der in Köln a. Rh. stattgefundene Verbandstag hat der Verschmelzung der Verbände der Sattler und der Portefeuller zugestimmt. Die zu gleicher Zeit tagenden Portefeuller haben den gleichen Beschluß gefaßt.

Die Einführung der Arbeitslosenunterstützung im Zentralverband der Schneider ist jetzt nach erfolgter Urabstimmung durch die Verbandsmitglieder abgelehnt worden. Nach der im Verbandsorgan veröffentlichten Zusammenstellung haben sich in 236 Filialen 12 263 Mitglieder, das sind 31 Prozent, an der Urabstimmung beteiligt. Von diesen stimmten 3517 für und 8629 gegen die Einführung der Arbeitslosen- resp. Erwerbslosenunterstützung. Die Zahl der Mitglieder, die für die Unterstützung stimmten, beträgt 29 Prozent der an der Abstimmung Beteiligten, aber nur 9 Prozent der gesamten Mitglieder.

Die Sympathie für die Erwerbslosenunterstützung ist demnach noch recht gering unter den Mitgliedern, und an ihre Einführung für die nächsten Jahre nicht zu denken. Was schließlich auch kein Fehler ist.

ac. Die Beseitigung der Nacht- und der Sonntagsarbeit in den belgischen Bäckereien. Die Bäckereiarbeiter von Brüssel sind in eine Bewegung eingetreten, um das gesetzliche Verbot der Nacht- und der Sonntagsarbeit in den Bäckereien zu erreichen. Der sozialistischen Gewerkschaft hat sich auch die christlich-demokratische angeschlossen. In einer gemeinsamen, stark besuchten Versammlung waren sowohl sozialistische, als auch christliche Abgeordnete zugegen, die versprachen, die Forderungen der Bäckereihilfen zu unterstützen.

Aussperrung italienischer Ziegelbrenner. Die Besitzer der Ziegelbrennerei in der Provinz Mailand haben am 17. April 40 Dusen gelockt und 4000 Arbeiter ausgesperrt als Antwort auf die Forderungen ihres Personals. Eine allgemeine Aussperrungs- und Streikbewegung in den italienischen Ziegeleien ist zu erwarten.

Ein Arbeitswilliger als Messerstecher. Der Streikbrecher Ernst Sträh in Nürnberg hatte sich wegen Unterschlagung, Zerschmetterung und Messerstechens vor dem Strafgericht zu verantworten. Er stahl ein armlanges Messer, provozierte dann einen Streikposten und stach diesen in die Hand. Später verübte der Messerstecher in einer Wirtshaus noch eine größere Zerschmetterung. Vom Schöffengericht war der stehende Streikbrecher freigesprochen worden. In der Berufungsinanz wurde er jedoch wegen Körperverletzung zu einer Woche Gefängnis verurteilt; außerdem erhielt die Stille des Unternehmertums wegen Diebstahls und Zerschmetterungen 5 und 3 Mk. Geldstrafe

Die unterlassene Dienstleistung als Zurückbehaltungsrecht. Ein bemerkenswertes Urteil fällt kürzlich die fünfte Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts. Als Kläger trat der Handlungsgehilfe M. gegen die Druckerei von R. Sommer auf. M. war im September v. J. mit einem Monatsgehalt von 90 Mk. als Buchhalter engagiert worden, mußte aber bald die trübe Erfahrung machen, daß er diese für einen perfekten Buchhalter gewiß nicht verschwenderisch hohe Summe nur ratenweise und auf ständiges Drängen ausbezahlt erhielt. Der Kläger erklärte, daß er durch die schleppende Entlohnung mit seinen Verpflichtungen selbst in Rückstand und bei seiner Wirtin und den Lieferanten in Mißkredit geriet. Durch die läpperweise Zahlung war ihm eine geregelte Wirtschaftsführung unterbunden und er mußte, wie er behauptete, oft mit leerem Magen zu Bette gehen. Im Februar d. J., als er wieder aller Substanzmittel entblößt war, fehlte er zwei Tage aus dem Geschäft. Er will vor Hunger und Entkräftung nicht haben aufstehen können und außerdem keine reine Plättwäsche gehabt haben. Dies Fernbleiben des Klägers benutzte der Prinzipal zur sofortigen Entlassung. Wenn M. auch, so führte der Beklagte aus, das Gehalt nicht immer auf den Tag bekommen habe, so durfte er nicht zwei Tage unbefugt fortbleiben. Es gäbe hier wohl Hunderte von Chefs, die mit der Gehaltszahlung so wie er verfahren. Das Kaufmannsgericht verurteilte den Beklagten zur Zahlung des Restgehalts von 135 Mk. mit folgender interessanter Begründung: Der Handlungsgehilfe, der seinen Verdienst schon an und für sich erst nach einmonatiger Dienstleistung erhält, hat dann aber auch Anspruch auf pünktliche Zahlung. Der Kläger hätte selbst das Recht gehabt, das Dienstverhältnis zu lösen, und nur aus Unerfahrenheit schlug er nicht den korrekten Rechtsweg ein. Sein Fehlen ist aber beunruhigend kein unbefugtes. Er konnte wegen des restierenden Gehalts ein Zurückbehaltungsrecht in Form unterlassener Dienstleistung ausüben. Die sofortige Entlassung war darum unbegründet.

Allgemeine Bekanntmachungen.

Berlin. Das Mitgliedsbuch des Kollegen Robert Dht, Nummer 790, ist abhanden gekommen. Vor Mißbrauch wird gewarnt. Ortsverwaltung Berlin, Seydelstraße 30.

Mlauberg. Der Steinmetz Ludwig Altmann aus Gohsenbill mag sofort seine Adresse einsenden. Es handelt sich um eine Zeugnissache. Alois Trenel, Steinmetz.

Brandenburg. Reiseunterstützung wird mittags von 12—1 Uhr und abends von 6—7 Uhr bei W. Dittberner, Sieberstraße 7, I., ausbezahlt.

Offenbach a. M. Zureisende Kollegen haben, ehe sie sich um Arbeit bemühen, erst beim Kassierer Peter Braun, Bürgel bei Offenbach, Kurfürstenstraße 13, vorzusprechen. Die Ortsverwaltung.

Adressen-Änderungen.

Frankfurt a. O. Vorf. u. Kass.: Wilh. Seelig, Sonnenburger Str. 26. (Zurück in voriger Nummer unter Frankfurt a. M. veröffentlicht.)
Strasbourg. Vorf.: Eugen Walbhardt, Langstr. 107.
Radweiler. Kass.: Heinrich Janus.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 19. bis 24. April 1909.

(Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbslosenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate X. = Extrasteuer.)

- Laufsig, B. 2.45. Nürnberg, B. 3.85. Guben, B. 1.80. Dresden, Ins. (Reil) 3.—. Oberoderwitz, Ins. 3.—. Seebach, B. 109.—. E. —.50. Rothenburg a. T., B. 138.—. K. 6.75. Pappenheim, B. 37.72. E. 1.—. K. —.30. M. 1.85. Döhlenfurt, B. 6.90. K. —.60. Nürnberg, B. 598.—. K. 59.85. Lutter, B. 57.12. K. 22.—. Kupferdreh, B. 39.—. Ers. —.25. K. 1.80. Gohmannsdorf, B. 52.50. K. 3.50. X. 7.—. Floß, B. 84.—. K. 10.—. Droyßig, B. 39.90. K. 1.85. Bockum, B. 46.—. K. 10.—. Al-Warthan II, B. 506.—. K. 14.50. Augsburg, B. 46.—. E. 2.25. K. 11.—. Göttingen, B. 67.20. K. 7.80. Döringen, B. 76.—. K. 20.—. Hamburg II, B. 161.—. K. 22.—. Kelheim, K. 9.—. Nürnberg, B. 76.—. Langensfeld, B. 42.—. K. 5.80. Wittweida, B. 210.—. E. 5.00. K. 20.—. Lebnitz, B. 8.40. K. —.60. Unleben, B. 8.25. Niederzwohren, M. —.10. Dziergowitz, B. 5.50. Groß-Mußheim, B. 4.40. Nürnberg (Dorn), B. 2.20. Wschaffenburg, B. 4.20. Bogtendorf, B. 0.80. Dortmund, Ins. (Marmorred) 5.60. Ohrweiler, Ins. 20.70. Jena, Ins. (Konradus) 4.—. Gotha, Ins. (Granitwerk) 1.50. Ritzberg, Ins. (Reich) 2.10. Siederode, B. 1.30. Braunau, B. 4.90. Tröftau, E. 7.50. Straßburg, B. 805.—. E. 1.25. K. 5.50. M. 1.25. Oberpeifau, B. 170.90. E. 1.50. K. 10.90. Regensburg, B. 91.20. K. —.30. Raumburg, B. 94.10. E. 4.50. M. 10.15. Lübeck, B. 184.—. Edenstetten, B. 276.36. E. 2.50. K. 21.20. M. 1.—. Bayreuth, B. 28.46. K. —.05. Kolmar, B. 69.—. Effen, B. 138.—. K. 4.50. Raiterslautern, B. 21.—. K. —.75. Pöbau, B. 407.56. E. 3.50. K. 43.90. M. —.80. Ottenhöfen, B. 172.50. Coesfeld, B. 4.95. Lisdorf, B. 1.15. Neumünster, B. 13.20. Lüneburg (Duische), B. 2.75. Ins. (Recper) 3.20. Rößbach, Ins. (Schwinger) 4.—. Großbieberau, Ins. 6.—. Frankfurt a. M. (Bresch), ? 3.—. Pirna, B. 3060.42. E. 6.—. K. 376.75. Ins. 6.30. X. 15.—. Würzburg, B. 11.05. K. 24.20. Neuforg, B. 92.—. E. 1.—. K. 7.—. München, B. 644.—. E. 10.—. K. 21.—. Meissen I, B. 690.—. K. 30.—. Langensalza, B. 209.30. K. 46.45. Jannowitz, B. 75.60. E. 1.50. K. 1.65. Radweiler, K. 20.—. Selb, B. 506.—. K. 20.—. Offenbach, B. 69.—. E. 2.—. K. 18.25. Hannover II, B. 13.80. K. 8.70. Görlitz, B. 194.—. E. 5.—. M. 1.50. Walzenburg Schl. (Schreiber), B. 1.95.

Ludwig Geiß, Kassierer.

Briefkasten.

St. in B. Durch endlose Polemiken wird die strittige Frage nicht gelöst. Wir machen Kurzschlus. — Otfsee. Wird erledigt, wenn die Agitationstour im bayerischen Wald beendet ist. Bitte noch etwas Geduld.

Ueber die abgehaltenen Maifeierveranstaltungen ist uns bis 3. Mai ein kurzer Bericht zuzusenden. Die Zahl der Besucher ist anzugeben. Die Berichterstattung haben die Zahlstellen-schriftführer zu besorgen. Wir bitten, bei der Berichterstattung keine Bummelerei einreichen zu lassen. Redaktion.

CEEE Anzeigen EEE

(Be Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitssuchenden sich über die einschlägigen Berufsverhältnisse schriftlich zu erkundigen.)

Sulzfeld (Baden.)
Sonntag, den 2. Mai 1909
Grosses Gewerkschafts-Fest
der Steinarbeiter des Maulbronner Sandsteingebietes.
Beginn um 1/2 Uhr nachmittags.
Bestehend in Umzug, Musik u. Gesangsvorträgen u.
Festrede: Referent Kollege H. Siebold-Leipzig.
Die Kollegen von nah und fern ladet hierzu freundlichst ein
Der Vorstand.

Zahlstelle Aunkirchen-Bilsbafen.
Am 2. Mai (Sonntags) findet im Reichschen Lokale zu Aunkirchen unsere
Maifeierveranstaltung
statt. Die Festrede hält Gauleiter Hans Mittemeier-Regensburg. — Für gute Musik und anderweitige Veranstaltungen ist gesorgt.
Die Steinarbeiter des Bilsbales müssen in Massen erscheinen. Die Frauen und übrigen Familienangehörigen der Kollegen sind ebenfalls freundlichst eingeladen.
Das Festkomitee.

Albert Baumann
Werkzeugfabrik und Hartwerk
Aue (Erzgeb.)
Preisliste
über alle
Steinmetz-Geschirre
versende
gratis.
Lieferung sofort!

Heinrich Tauch, Oberoderwitz, Sa.
empfiehlt den deutschen Steinarbeitern seine bewährten
Doppel-Lederhosen
frei ins Haus 5 Mk. à Hose in weiß, silbergrau und braun.
Angabe der Schrittweite und Bundweite genügt für guten Sitz.
Ein Proberversuch führt zu dauernder Verbindung.

Tüchtige Steinmetzen
auf Hart-, Kalk- und Sandstein stellt sofort ein
Emil Conrad, Böckner (Thüringen)
Steinmetzmeister.

Tüchtiger Steinmetz
für Schriftthauen sowie Granit- und Sandsteinarbeit sofort gesucht.
J. H. Kreker, Lübeck.

Suche sofort für dauernd einen
tüchtigen Steinmetz
auf Grabsteinarbeit.
Heinrich Hansen, Vindow (Mark)
Bild- und Steinhauerei.

Suche sofort einen
tüchtigen Sandsteinmetz
für Grabsteinarbeiten bei hohem Lohn.
Joh. Waltormann, Brale (Lippe-Deilmold.)

Gesucht wird sofort ein
tüchtiger Schriftthauer
auf alle Gesteinsarten. Derselbe muß in der Anfertigung einfacher Ornamente bewandert sein und alle auf dem Werkplatz vorkommenden Steinmetz- und etwaige Verfeinerarbeiten mitmachen. Stundenlohn 60 Pfg.

H. Küsthardt, Hildesheim
Architekt und Steinmetzmeister.
Hugo Rehnert und Alois Hauschke
bitte um Eure Adresse.
Joh. Weingart, Groß-Walditz a. Vobor.

Gestorben.
In Droyßig am 26. April der Kollege Wilhelm Malz, 51 Jahre alt, an Lungenleiden.
In Jannowitz der Kollege Joseph Sühel, 38 Jahre alt, an Herzschlag.
In Leipzig der Kollege Leo Fein, 36 Jahre alt, an Blutkurz. Fein war längere Zeit Gauleiter im 4. Gau.
In Köln I der Kollege Andreas Mennen, 22 Jahre alt, durch Sturz vom Gerüst.
In Ulm am 26. April der Kollege August Frank, 35 Jahre alt, an der Verufskrantheit.
Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.
Verlag von Paul Starke in Leipzig.
Notationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Dem 1. Mai.

Ein Tag der Zukunft, ziehst du auf am Horizont der Zeiten.
Wir sehn mit ahnungsvollem Blick dich von den Bergen schreien.
Gewaltig gehst du, Tag, einher im leuchtenden Gewande,
Und stürmisch rauscht dein Flügelschlag durch alle, alle Lände.
Aus seinem Schlaf schreckt auf der Knecht
Du treibst ihn stürmend ins Gefecht,
Du kämpfst mit den Freien
Begrüßt, du Tag des Maien.

Mit Sang und Saitenspiel voraus, daß er den Weg dir bahne,
Trägt jahrend dir der junge Lenz die sieggewohnte Fahne.
Er tauchte sie ins Morgenrot, wo Purpurfeuer glühten;
Er kränzte sie mit frischem Laub und duftend-bunten Blüten.
Nun klingt dein Lied, dein Liederlied:
Hervor, hervor ihr Herzen müd!
Sucht will den Kranz ich weihen —
Begrüßt, du Tag des Maien!

Du rußt die Arbeit auf den Plan, willst frohe Heerschau halten,
Und deinem Banner jubelnd nahe die Jungen und die Alten.
Nach deinem Richte drängen sie — millionenfaches Streben!
Da will der Freiheit jede Hand zum Schwure sich erheben.
Aus düsterer Fabriken Nacht,
Aus Werkstatt, Hütten, tiefem Schacht
Strömt wie in Melodeien —
Begrüßt, du Tag des Maien!

Soweit des Aethers blaues Zelt zieht seine Wunderbogen,
Gehst ein Gedanke durch die Welt in Wellen und in Wogen;
In seinem Kampfesruhe lebt ein Sehnen, ein Verlangen:
Nach deinem Richte, nach deiner Lust, nach Brot und Blüten.

Nationen reichen sich die Hand:
Wir haben all ein Vaterland
Und wollen es befreien —
Begrüßt, du Tag des Maien!

Ernst Preckang.

Reichsversicherungsordnung.

II.

Bei der Unfallversicherung, die im dritten Buche behandelt wird, ist die Versicherungspflicht ausgedehnt worden auf alle Betriebe, die der Behandlung und Handhabung der Ware dienen, falls sie mit einem kaufmännischen Unternehmen verbunden sind, das über den Umfang des Kleinbetriebes hinausgeht. Weiter ist der gewerbliche Fabrik-, Metall- und Stahlhaltungsbetrieb, das Gießen von Metallern und Schmiedezugängen, die durch elementare oder tierische Kraft bewirkt werden, der Versicherung unterstellt worden. Die Versicherung nun aber auf alle Arbeiter und Arbeiterinnen, also auch auf das Kleingewerbe auszudehnen, dazu hat man sich nicht aufschwingen können. Die Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes ist in etwas harter Weise zum Ausdruck gebracht. Sofern der Verletzte vor Ablauf der ersten 13 Wochen hergestellt wird, hat der Unternehmer den Unfallzuschuß zu zahlen, bleibt er aber über die 13. Woche hinaus geschädigt, dann übernimmt die Berufsgenossenschaft den Unfallzuschuß. Statutarisch können die Berufsgenossenschaften den Unternehmern in allen Fällen den Unfallzuschuß abnehmen. Die „kleinen Renten“ denkt man auf künstliche Weise einzuschränken. Solche Renten können in Höhe bis zu 20 Prozent von vornherein auf eine bestimmte Dauer festgesetzt werden, wie ja auch eine Kapitalabfindung bei Renten bis zu 20 Prozent (bisher 15) ohne Antrag von Amts wegen erfolgen kann. Sofern dem Verletzten nach dem Unfall der volle Lohn gezahlt wird, ruht die Rente für solche Zeiten. Ebenso ruht die Rente, wenn der Verletzte geeignete Arbeitslosigkeit ohne triftigen Grund unbenuzt läßt. Im Falle eines Streiks wird da wohl der Rentenempfänger noch zum Streikbrecher gezwungen. Da die Arbeit das „beste Heilmittel“ ist, dürfen die Berufsgenossenschaften in Zukunft so gar Einrichtungen treffen zur Regelung des Arbeitsnachweises

und der Beschaffung von Arbeitsgelegenheit für Unfallverletzte. Als ob wir nicht schon genug Unternehmer-Arbeitsnachweise hätten. Wahrscheinlich glaubt man, damit den eventuellen die Arbeit Ausschlagenden die Rente desto schneller entziehen zu können. Im übrigen bleiben die Berufsgenossenschaften nach wie vor die reinen Unternehmerorganisationen.

Im vierten Buche wird die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung behandelt. Infolge der Einführung der Witwen- und Waisenerversicherung sind die Beiträge hier erhöht worden. Sie betragen jetzt: 14, 20, 24, 30 und 36 Pfa. in Zukunft 16, 24, 30, 38 und 46 Pfa. Außerdem kann man sich durch Verwendung von Zusatzmarken, die zu 1 Mk. ausgegeben werden, höhere Renten sichern. Wer da z. B. vom 25. bis zum 56. Jahre monatlich eine Zusatzmarke klebt, also in 31 Jahren 372 Mk. einzahlen würde, hätte mit dem 56. Jahre Anspruch auf eine Zusatzrente von 119 Mk. Da Invalidenrente aber nach wie vor erst gewährt werden soll, wenn der Antragsteller um mehr als zwei Drittel arbeitsunfähig ist, so will es uns bald scheinen, als wenn die Versicherungsanstalten mit der Neueinführung der Zusatzrenten noch ein Geschäft machen würden. Da aus den Jollerträgen, wie seinerzeit von den Sozialdemokraten im Reichstage vorausgesagt wurde, für die Witwen und Waisen nichts übrig bleibt, hat man höhere Beiträge einführen müssen, um denselben ganz winzige Renten, die meistens nicht an die erhaltene Armenunterstützung heranreichen, gewähren zu können. Das Reich zahlt heute zu jeder Invaliden- und Altersrente 50 Mk. Reichszuschuß, dies geschieht in Zukunft auch bei den Witwenrenten. Für die Waisenrente dagegen beträgt der Reichszuschuß nur 25 Mk. Dazu kommen für jede Witwe drei Zehntel des Beitragsleistungen des verstorbenen Ernährers entsprechenden Grundbetrags und Steigerungssatzes der Invalidenrente, die dem Verstorbenen zur Zeit seines Todes zustand oder im Falle der Invalidität zugestanden hätte. Als Waisenrente sieht der Entwurf beim Vorhandensein einer Witwe drei Zwanzigstel und für jede weitere Witwe je ein Vierzigstel dieser Beträge vor. Welch horrende Summen da in Aussicht stehen, mag folgendes Beispiel ergeben: Angenommen, es sind für 20 volle Jahre Marken zu 38 Pfa. (jetzt 30 Pfa.) verwendet. Dann würde die Invalidenrente des Mannes 240 Mk., die Witwenrente 107.40 Mk., die Waisenrente für ein Kind 54 Mk. betragen. Was soll da Frau und Kind mit zusammen 161.40 Mk. pro Jahr anfangen. Allerdings erblüht die Begründung zur Vorlage darin eine bescheidene (!), für den Aufenthalt an billigen Orten eben ausreichende (?) Unterstützung. Natürlich wird die Witwenrente, aber wenn die Frau verstorben und den Mann überwiegend ernährt hat, die Witwenrente erst gewährt, wenn Erwerbsunfähigkeit um mehr als zwei Drittel vorliegt. Entzogen werden die horrenden Renten bei eintretender Besserung, Hebung der Erwerbsfähigkeit über ein Drittel und bei der Wiederverheiratung. Hinterläßt der Verstorbene elternlose Einzel unter 15 Jahren, so steht ihnen bis zum Wegfalle der Bedürftigkeit auch eine Waisenrente zu, falls der Verstorbene ihren Lebensunterhalt überwiegend bestritten hat. Die Waisenrenten werden auch nur bis zum 15. Jahre gezahlt. Ferner ist noch ein Witwengeld und eine Waisenaussteuer vorgesehen für solche Witwen, die für ihre Person auch gelebt haben, im Falle des Todes des Mannes und bei Einziehung der eigenen Invalidität, aber nicht doppelte Renten bezogen können. Diese Witwen erhalten dann eine einmalige Bezahlung von 200 Mk. Das Witwengeld beträgt den zwölffachen Monatsbetrag der Witwenrente, die Waisenaussteuer beträgt den achtfachen Monatsbetrag der Waisenrente. Wir sehen also, von Erhöhungen der Renten keine Spur, ebensowenig von Herabsetzung der Altersgrenze zum Bezug der Altersrente. Das fünfte Buch regelt die Beziehungen der Versicherungsträger zueinander usw.

Die Bestimmungen über die Unterstützung der Verletzten nach Ablauf der 13. Woche durch die Krankenkassen, ebenso, falls die Gemeinden oder Armenverbände Unterstützungen für Personen geleistet haben, denen Ansprüche an Krankenkassen, die Unfall- oder Invalidenversicherung noch zustehen, sind neu geregelt worden, natürlich alles so, daß ja niemand etwa einmal doppelte Unterstützung erwischen könnte.

Zum Schluß regelt dann das sechste Buch das Spruchverfahren.

Als Instanzen zur Regelung von Streitigkeiten kommen in Zukunft in Betracht das Versicherungsamt in erster, das Oberversicherungsamt in zweiter und das Reichs- resp. Landesversicherungsamt in dritter und letzter Instanz. In letzter Instanz fällt in Unfallsachen in Zukunft das Rekurverfahren ganz und gar weg und wird durch das Revisionsverfahren ersetzt, also eine ganz erhebliche Verschlechterung. Weiter ist die Revision überhaupt ausgeschlossen und schon der Spruch des Oberversicherungsamts endgültig:

In Sachen der Krankenversicherung: Wenn es sich handelt um Fälle, in denen die Berufung zurückgewiesen ist, die Höhe des Krankengeldes, Unterstützungsfälle, in denen die Krankheit nicht mit Arbeitsunfähigkeit verbunden war, Wöchnerinnen- und Schwangerschaftsunterstützung, Sterbegeld.

In Sachen der Unfallversicherung: Wenn es sich handelt um freie Krankenbehandlung, eine Rente, die für die Dauer einer voraussichtlich vorübergehenden Erwerbsunfähigkeit auf einen Rententeil, der bei dauernder Erwerbsunfähigkeit auf Zeit zu gewähren ist, Sterbegeld, Heilanstaltspflege, Angehörigenrente, die neue Feststellung der Entschädigung nach Eintritt einer Minderung der Verhältnisse, Kapitalabfindungen an Stelle einer Rente von 20 Prozent, Kosten des Verfahrens.

In Sachen der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung: Wenn es sich handelt um die Dauer und Höhe der Rente, Kapitalabfindung, Beitragsersatzung, Witwen- und Waisenaussteuer.

So sieht die vielgepriesene Sozialreform aus, die mehr Verschlechterungen als Verbesserungen bringen soll. Gegen eine solche Vorlage gilt es überall flammenden Protest zu erheben.

Zur Verschmelzung der Organisationen des Baugewerbes.

Der „Grundstein“ berichtet darüber folgendes:

Der Zusammenschluß der baugewerblichen Arbeiterschaft hat in der Osterwoche eine bedeutsame Förderung erfahren. Zwei Verbandstage, die des Stukkateurenverbandes und des Verbandes der baugewerblichen Hilfsarbeiter, haben sich eingehend mit der Verschmelzung mit dem Verband der Maurer resp. mit der Schaffung eines Verbandes aller baugewerblichen Arbeiter beschäftigt und sind zu dem Beschluß gekommen, daß es an der Zeit sei, das Streben nach dieser Vereinigung zu verwirklichen. Der Verbandstag der Stukkateure hat zwar diese Frage noch nicht für ganz spruchreif gehalten, aber fast alle Delegierten haben sich dahin ausgesprochen, daß es sowohl im Interesse der Stukkateure wie der Maurer und der übrigen Bauarbeiter liege, wenn alle diese Arbeiter, mindestens aber die Maurer und Stukkateure, in einer Organisation vereinigt seien. Seine prinzipielle Stellung zu dieser Frage hat der Verbandstag in folgender Resolution zum Ausdruck gebracht:

„In Anbetracht des immer engeren Zusammenhanges der Unternehmervverbände des Baugewerbes erklärt sich der stiebte Verbandstag der Stukkateure Deutschlands prinzipiell für die Errichtung eines allgemeinen Bauarbeiterverbandes, hält jedoch ein Eingreifen unsres Verbandes für nicht angebracht, da diese Frage nur dann gelöst werden kann, wenn die größeren Organisationen des Bauberufs dieser Frage näher treten.“

Die zwischen den Maurern und Stukkateuren bestehenden Differenzen über Lohn und Arbeitszeit bei Arbeiten, die beiderseits ausgeführt werden, lassen sich am leichtesten regeln bei einer einheitlichen Organisation beider Berufe. Daher ist die Frage der Beseitigung der Konkurrenz nicht einfach durch einen Kartellvertrag erledigt, sondern letzterer ist nur ein vorläufiges Mittel, die Gegensätze zu überbrücken. Es ist daher die Anstrengung zu machen, die Maurerverbände zentral zu fassen und auch diese Frage in den Mitgliederkreisen zur Diskussion gestellt werden.“

Einen noch präzisieren Ausdruck hat der Verschmelzungsgedanke auf dem Verbandstage der baugewerblichen Hilfsarbeiter gefunden. Die in der letzten Zeit hier und da aufgetauchten Verschmelzungen, unsrer Bruderorganisation könnten ihre früheren Beschlüsse leid geworden sein oder es könnten Forderungen erhoben werden, die unser Verband zurzeit nicht ausfüllen könne, hat der Verbandstag gründlich beseitigt. Nach eingehender Aussprache, wobei nur von einigen Delegierten unwesentliche Einwendungen gemacht wurden, sind die folgenden, zwischen den Verbandsvorständen vorher vereinbarten Grundlagen der Verschmelzung einstimmig beschlossen worden:

1. Der Verband führt den Namen „Deutscher Bauarbeiterverband“ oder „Zentralverband der Bauarbeiter Deutschlands“.
2. Zugelassen zum Verband sind alle im Hoch- und Tiefbau beschäftigten Arbeiter, mit Ausnahme der Angehörigen solcher Berufe, für welche eine der Generalkommissionen der Gewerkschaften Deutschlands angeschlossene besondere Organisation besteht.
3. Der Verband gliedert sich in Zweigvereine und Gauen.
4. Zweigvereine können errichtet werden für einzelne Orte und Bezirke, sofern mindestens zehn Mitglieder vorhanden sind. In dem Gebiete eines Ortes resp. eines Lohn-, Arbeits- oder sonstigen gemeinsamen Interessensbezirktes, oder für mehrere

Der erste Mai.

Stimmungsbild.

Strahlend schön kam der 1. Mai ins Land gezogen. Blütenduft erfüllte die Luft. Frau Sonne setzte ihr freundliches Gesicht auf und sandte ihre goldigen Strahlen bis in die entferntesten Winkel, so daß auch jenes düstere, graue Gebäude mit den bergitterten Fensterstäben auf kurze Zeit ein etwas freundlicheres Aussehen bekam. — Der erste Mai.

Überall ruhte die Arbeit heute, man hörte nicht das Pfeifen der Fabriken, noch das Gammern in den Werkstätten. Man sah keine rauchgeschwärmten Gestalten in der Arbeitsbluse, die eilig den Weg nach Hause zurücklegten, um das lange Mittagsmahl einzunehmen, und dann nach einstuündiger Mittagspause von neuem hinein in die Sielen, in harter Arbeit dem Kapitalismus als brauchbare Kraft weiter zu fronden. —

Heute, am ersten Mai ruhte die Arbeit, man wollte auch einmal Mensch sein, wenigstens dies eine Mal im Jahre. Überall gewissermaßen Waffenstillstand, nur in jenem düsteren grauen Hause machte man keine Ausnahme. In den großen Sälen saßen sie nebeneinander in den grauen Sträflingsanzügen. Die Arbeit schmedte heute nicht, und nahm so gar keinen Fortgang. Wiederholt mußte der Aufseher hier und da einen Tadel aussprechen. Rüstig ruhten die Hände im Schoße, und die Augen blickten sinnend und sehnsüchtig durch die kleinen bergitterten Fenster in die Ferne. Die Luftklappen waren geöffnet, Strynge- und Goldregenduft drangen gleichsam als Frühlingssgruß hinein und erfüllte das kahle Gemach mit süßem Wohlgeruch, vermochte jedoch keine Freude auf den blaffen Gesichtern hervorzuzaubern. —

Mechanisch verrichteten die Hände die monotone Arbeit. Man kannte keine Freude mehr, und ein dumpfer Druck lastete auf den Gemütern.

Da! Horch! Musik. — Wie elektrifiziert sprangen alle in die Höhe, man drängte sich, trotz der Mahnung des Ge-

stirgen, zu den geöffneten Fensterchen und sog begierig die Töne in sich hinein.

Unter dem Fenster zogen festlich gepuzte Menschen vorüber. Die Musik spielte die Marschmusik, begleitet von tausend kräftigen Rehlen.

Es gilt die Arbeit zu befreien, so scholl es zu den Fenstern der Sträflinge hinauf; dann verlor sich der Gesang allmählich in der Ferne, einen Sturm widerstreitender Empfindungen in den Herzen der Ärmsten der Armen zurücklassend.

„Wir Pfarrer.“

Im Deutschland der „Kultur und Freiheit“ wäre eine Erscheinung wie der in der Schweiz amtierende Pfarrer Hermann Kutter etwas Unmögliches. Man würde gar bald Mittel und Wege finden, einem Manne das Handwerk zu legen, der den Mut hat, wider den Strom zu schwimmen. Der den Mut hat, zu sagen: „Die bisherigen Mächte, Gewalten, Throne und Fürstentümer sinken vor uns in den Staub. Wir dienen ihnen nicht länger, wir leben nicht mehr des Wahnes, als seien sie Herrschaften von Gott eingesetzt, ewig und unerschütterlich. Rein, wir dienen keiner Macht, keinem Gedanken, keinem System, keiner Institution mehr. Wir füllen uns nicht mehr mit kirchlichem Bewußtsein und pfäfflichem Hochmut.“ Oder an einer andern Stelle seiner Schrift „Wir Pfarrer“ — Leipzig, S. Gaiffel Verlag 1907 —: „Eine Produktionsweise, die eigens dazu erdacht zu sein scheint, wenige auf Kosten der Gesamtheit zu bereichern, und die dem ungemessenen Geldstreben das kostbarste Mittel zur Erreichung seines gierigen Zwecks darbietet, kann vor dem Richterstuhl der göttlichen Wahrheit nicht bestehen. Sie muß aufhören!“ Der den Mut hat, sich mit dem Sozialismus auseinander zu setzen und ihn zu begreifen zu versuchen.

Für solche Männer ist innerhalb der Stachelbrautäume und „Ordnungen“ deutscher „Kultur und Freiheit“ kein Platz. Hier gilt es noch immer möglich, daß man Seelsorger wegen gleichgültiger und abgestandener Formeln „mahregelt“; daß man Seelsorger, die sich weigern, sich am „Niederreiten“ zu beteiligen, sich den Anspruch auf die Ehrenmitgliedschaft im Reichsligenverbände zu sichern, mit Amtsentsetzung bedroht und mit einem Verweise bestraft. Und auch die erbauliche Rehrseite: daß eine

Versammlung von treuen Hürten treuer Seelen einer Resolution zustimmt, in der es heißt: „Insbesondere spricht die Konferenz ihre Freude darüber aus, daß sich aus der Mitte der Arbeiterschaft selbst die christliche Gewerkschaftsbewegung im bewussten Gegensatz zur Sozialdemokratie gebildet hat. Sie empfiehlt nicht nur, die Gewerkschaften eingehend zu studieren, sondern auch denen, die auf christlichem Boden stehen, auf Grund des christlichen Bekenntnisses im lauterem Worte Gottes helfend und fördernd zur Seite zu treten.“ Es ist übrigens auch nicht etwa eine „phantastische und perfide“ Legende, daß im letzten Reichstagswahlkampf geistliche Herrschaften die Kräftigung des Herrn anlegten, um wider den „Umsturz“ zu Felde zu ziehen. Also in ihrer Gesamtheit wissen deutsche Geistliche nur allzu gut, wozu sie berufen sind.

Anders Hermann Kutter. Eine seiner Schriften „Sie müssen“ hat nicht nur in den Kreisen der sozialdemokratischen Genossen Aufsehen erregt. In allen Lagern gab sie Anlaß zu sehr lebhaften Erörterungen. In den meisten war man entsetzt. Wir hatten nichts dagegen einzuwenden, daß hier mit Mannes- und der Ehrlichkeit eines ganzen Mannes auf die Krebsknoten des Mammonismus hingewiesen wurde, der die Welt verseucht als schlimmste Pest, der auch in der Staatskirche und ihren Dienern einen Ader gefunden hat, der hundertfältige Frucht trägt.

In seiner neuesten Schrift „Wir Pfarrer“ setzt sich Kutter mit seinen lieben Amtsbrüdern auseinander. Von hundert werden neunundneunzig nur wenig Dank wissen. Es werden ihnen Dinge gesagt, die nicht lieblich klingen, unangenehme Wahrheiten, deren Richtigkeit keiner bestreiten wird, die man aber doch nicht beherzigen wird. Weil man sich dadurch eben „unmöglich“ machen würde.

Kutter ist kein Sozialdemokrat. Er soll einer der starrsten Konservernativen sein. Aber er ist ein ehrlicher Mensch und hat den redlichen Willen, mit Schäden aufzuräumen, die er als verhängnisvollste Gefahr erkannt hat. Er kämpft wie ein Verzweifelter um seinen Gott und sein Christentum. Er möchte das Wort von der einen Gemeinde zu einer legenden Wahrheit machen, allen Schutt und Unrat forttragen, um Raum für das reine und wahre Christentum zu schaffen.

Das gibt seiner Schrift einen Charakter, der sie zugleich anziehend und unangenehm macht. Mit rücksichtsloser Offenheit geht er das Verrotte und Schlechte. Aber er predigt. Aus jedem Satze klingt der Ernst tiefer Ueberzeugung; die stärksten Anlagen drängen sich ungestüm; aber man vermisst den festen

Orte, die unmittelbar zusammenliegen, darf jedoch nur ein Verein bestehen. Welche Orte zu einem Vereinsbezirk gehören, ist vom Vorstand im Einvernehmen mit dem in Betracht kommenden Gauvorstand und den betreffenden Zweigvereinen festzusetzen.

5. Die Vereine können sich gliedern in Zahlstellen und Sektionen, wenn sich deren Notwendigkeit aus dem Umfang des Vereinsgebietes oder der Arbeitsteilung im Verufe ergibt. Die Bildung solcher Abteilungen nach Orten oder Berufen unterliegt, abgesehen von den im nachfolgenden Absatz genannten Fällen, der Beschlußfassung der Zweigvereine; in Streitfällen entscheidet der Vorstand.

Für Spezialarbeiten, die dem Verbande als besondere Berufsabteilung angegliedert sind, sind Sektionen zu errichten, sofern einem Zweigverein zehn oder mehr Mitglieder der in Betracht kommenden Branche angehören und diese Mitglieder die Errichtung in einer vom Vorstand des Zweigvereins einberufenen Branchenmitgliederversammlung beschlossen haben.

Die einzelnen Mitglieder haben sich für ihren Wohnort resp. für ihre Branche errichteten Abteilung anzuschließen.

6. Der Vorstand des Zweigvereins soll, soweit es möglich ist, aus Angehörigen der gelehrten und nichtgelehrten Arbeiter zusammengesetzt sein. Sind Abteilungen (Ziffer 4) gebildet, dann ist der Zweigvereinsvorstand durch Vertreter dieser Abteilungen zu verstärken.

7. Die Verwaltung der Kasse, die Einziehung der Beiträge und die Verbreitung des Verbandsorgans soll in jedem Zweigverein einheitlich sein.

8. Gaus werden zirka 20 in Aussicht genommen. Die Gaueinteilung beschließt der Verbandstag.

Der Gauvorstand soll aus sieben Personen bestehen und in jedem Falle aus Angehörigen der gelehrten und nichtgelehrten Berufe zusammengesetzt werden. Werden in einem Gau zwei Beamte angestellt, dann muß einer der Beamten den Reihenden der Hilfsarbeiter entnommen werden.

9. Der Vorstand besteht aus elf Personen, und zwar zwei Vorsitzenden, drei Kassierern und sechs Sekretären. An der Zusammensetzung des Vorstandes sollen die gelehrten und die nichtgelehrten Arbeiter möglichst im Verhältnis zu der auf die einzelnen Berufe entfallenden Mitglieder beteiligt sein.

Nach denselben Grundsätzen soll auch bei Zusammensetzung der Redaktionen des Verbandsorgans verfahren werden.

10. Es wird als zweckmäßig und notwendig anerkannt, daß auf den Verbandstagen beide Gruppen (gelehrte und nichtgelehrte) möglichst ihrer Kopfzahl entsprechend vertreten sind. Diesen Grundsatz im Statut zum Ausdruck zu bringen, bleibt der weiteren Erörterung vorbehalten.

11. Für die Beitragszahlung werden 40 Beitragswochen während der Monate März bis inkl. November in Aussicht genommen. Ob die Beiträge innerhalb der einzelnen Zweigvereine für alle Mitglieder gleichmäßig oder ob zwischen den Mitgliedern der gelehrten und nichtgelehrten Gruppen Unterschiede nach der Lohnhöhe sein sollen, bleibt ebenfalls der weiteren Erörterung vorbehalten.

12. An Unterstützungen werden in Aussicht genommen:

- a) Streikunterstützung;
- b) Reiseunterstützung für die Zeit vom 1. Dezember bis 31. März;
- c) Krankenunterstützung; Dauer und Karenzzeit bleiben der späteren Erörterung vorbehalten;
- d) Sterbeunterstützung im Sterbefalle des Mitgliedes und seiner Ehefrau;
- e) Unterstützung Gemäßigter und Inhaftierter.

Ein Anspruch auf Reiseunterstützung entsteht erst nach einjähriger und ein Anspruch auf Sterbe- und Krankenunterstützungen erst nach zweijähriger ununterbrochener Mitgliedschaft.

Für den Bezug der Streikunterstützung soll eine Karenzzeit von drei Tagen und für den Bezug der Krankenunterstützung eine Karenzzeit von einer Woche gelten.

13. Die in beiden Verbänden bestehenden Rechtschutzvereinigungen werden auf den gemeinsamen Verband übernommen.

14. Die weiteren statutarischen Bestimmungen, auch über die Höhe der Unterstützungen, sollen den heute in beiden Verbänden bestehenden Satzungen nach Möglichkeit angepaßt werden.

Des weiteren ist folgender Arbeitsplan zur Durchführung der Verschmelzung vereinbart worden:

- 1. Beide Verbände halten 1910 zu gleicher Zeit und an demselben Orte einen Verbandstag ab. Ort und Zeit werden später vereinbart.
- 2. Beide Verbandstage beschäftigen sich mit der Verschmelzung der Verbände. Wird diese beschlossen, dann treten die beiden Verbandstage zusammen und konstituieren den gemeinsamen Verband.
- 3. Als Termin für den Zusammenschluß wird der 1. Januar 1911 in Aussicht genommen.
- 4. Die Vorstände arbeiten für den gemeinsamen Verband einen Statutenentwurf aus und geben diesen den Mitgliedern bis zum 1. Oktober 1909 bekannt. Für die Ausarbeitung des Statutenentwurfs wird eine engere Kommission gebildet. Die Kommission besteht aus je drei Mitgliedern beider Verbände.

Daneben werden Vorlagen ausgearbeitet, betreffend die Überlegung des gemeinsamen Verbandes (Gau-, Zweigvereins- und Sektionsbildung), ferner über die praktische Durchführung der Zusammenlegung der örtlichen Organisationen usw.

und festeren Boden historischer und ökonomischer Begründungen und Herleitungen. So werden die Krebschäden wohl richtig erkannt, aber Kutter kann nicht zu den notwendigen Konsequenzen vordringen. Fast auf jeder Seite werden soziale Probleme gestreift, aber man fühlt, daß ihm das eigentliche Wesen des Sozialismus doch fremd geblieben ist. Sozialismus ist mehr als Ahnung und Gefühl, Sozialismus ist Erkenntnis und Einsicht in Notwendigkeiten und Forderungen, denen sich niemand entziehen kann, der sie begriffen hat. Sozialismus ist mehr als Empörung über Ungerechtigkeit, Niedertracht und Bosheit, mehr auch als Erbarmen und Mitleid.

Wir halten unsere Klassengenossen nicht davon ab, gute Christen zu sein. Wenn Christentum bedeutet: Ehrfurcht vor der Persönlichkeit des Mitmenschen, Aufopferungsfähigkeit und raktischer Kampf für große Menschheits- und Naturgedanken, Gerechtigkeit und Brüderliebe. Unsere Feindseligkeit richtet sich gegen die Kirche als eine Macht, die sich willig in den Dienst der herrschenden Klasse stellt, auf Grund ihrer historischen Entwicklung zu einer Stütze der kapitalistischen Weltordnung geworden ist, als eine Macht, die den kapitalistischen Interessen dienbar ist und sich tagtäglich als ein Hemmschuh der Lebensinteressen der arbeitenden Klassen erweist. In der Arbeiterklasse ist das Ringen um eine gefestigte Weltanschauung unabweisbar lebendig geworden. Was das „reine Christentum“ an Bausteinen für eine solche Weltanschauung bietet, wird von niemandem, der ernst ringt, verworfen werden. Aber wir sind lebend und wissend geworden, und niemand darf uns zumuten wollen, an einem frommen Spiel mit Begriffen ohne Inhalt und übernatürlichen Vorstellungen genug zu haben. Wir wollen uns das Leben erobern!

Kutter kann sich nicht von solchen übernatürlichen Vorstellungen lösen. Es ist sicher, daß sie für ihn Ideale umfassen, die ihm Lebensinhalt sind. Aber sie geben uns nichts. Für uns bleibt es das unbefriedigende Spiel mit Worten. Inmitten des Kampfes um Leben und Weltanschauung fehlt es uns an Interesse und Verständnis für Spiele.

Wesentlich ist die zweite Seite der Kutterschen Schrift: Diese Anklagen gegen die Diener der Kirche. Sie sind nicht neu, sind oft schon ausgesprochen worden, aber wohl nur selten mit solcher Schärfe aus dem Munde eines Geistlichen in Amt und Würden.

5. Mit der Bekanntgabe des Statutenentwurfs sind die Mitgliedschaften zu veranlassen, Stellung zu nehmen:

- a) zur Verschmelzungsfrage an sich, und
- b) zu dem vorgelegten Statutenentwurf.

In einer Mitgliederversammlung ist durch Abstimmung festzustellen, wer von den anwesenden Mitgliedern grundsätzlich für die Verschmelzung ist. Die Abstimmungsergebnisse werden an die Verbandsvorstände gesandt und von diesen zusammengestellt und veröffentlicht.

Etwaige Anträge auf Aenderung des Statutenentwurfs sind möglichst drei Monate vor Stattfinden der Verbandstage zu veröffentlichen.

Nach diesen Beschlüssen dürfte kaum daran zu zweifeln sein, daß im Frühjahr 1910 die Verschmelzung der Maurer- und Hilfsarbeiterorganisationen endgültig zustande kommt. Wir freuen uns dieser Aussicht, da wir überzeugt sind, daß die Vereinigung eine Notwendigkeit ist, eine dringende Notwendigkeit, sowohl hinsichtlich des vielerorts florierenden Betonbaues, als auch der kommenden Lohnkämpfe. Wir sind überzeugt, daß die Beweglichkeit und Schlagkraft der Organisation durch die Verschmelzung nur gewinnen kann. Von großer Bedeutung wird der Beschluß des Verbandstages der Bauarbeiter und seine Verwirklichung auch auf die Haltung der übrigen bauseitigen Arbeiterorganisationen sein. Wenn auch nicht daran zu denken ist, daß der Zimmererverband in naher Zukunft ähnliche Beschlüsse faßt, so dürfte doch die Resolution des Verbandstages der Stukkatoren durch die Vereinbarung zwischen den Maurern und Hilfsarbeitern eine Tragweite bekommen haben, die weit über eine prinzipielle Erklärung hinausgeht. Der hier und da beliebte Einwand, warum sollen wir gerade die ersten sein, die bis zu einem gewissen Grade die bisherige Selbständigkeit aufgeben, dürfte nun nicht mehr erhoben werden können. Und auch die Dachdecker, die sich vor zwei Jahren noch sträubten, den Anschluß an unseren Verband zu vollziehen, werden wohl in Bälde erneut zu der Frage Stellung nehmen müssen und bei der in Aussicht stehenden Gründung des Allgemeinen Bauarbeiterverbandes nicht abseits stehen dürfen.

Der Grundstein zu dem neuen Bau ist gelegt. Möge es gelingen, ein Werk zu schaffen, das allen Stürmen trotz und allen Bauarbeitern den Schutz und Schirm bietet, den sie nötig haben, um ihres Lebens froh zu werden. Nun mit frischem Mut an die Arbeit! Jeder werde lebhaft und nachhaltend für den neuen Bund, damit auch der letzte Berufsgenosse der Organisation zugeworben werde.

Die Krankenkassen des Deutschen Reiches.

Bei den vielseitigen auf die Vereinheitlichung der Organisation der deutschen Arbeiterversicherung gerichteten Bestrebungen ist eine Kenntnis über die Zahl und Verteilung der Krankenkassen ein Bedürfnis. Das um so mehr, als der von der Regierung vorgelegte Entwurf der neuen Reichsversicherungsordnung den erwähnten Forderungen nur in mangelhafter Weise entgegenkommt. Die Statistik zeigt die dringende Notwendigkeit einer weitergehenden Zentralisation des Kassensystems.

Im Jahre 1907 waren insgesamt 28 232 auf Grund des Krankenversicherungsgesetzes bestehende Krankenkassen im Deutschen Reich vorhanden. Darunter befanden sich 8290 Gemeindekrankenversicherungen, 4757 Ortskrankenversicherungen, 7914 Betriebskrankenversicherungen, 41 Baukrankenversicherungen, 761 Innungskrankenversicherungen, 1318 eingeschriebene und 151 landesrechtliche Hilfskassen. Es ist natürlich, daß bei dieser unheimlichen Zersplitterung der Kassensystemen auf die einzelne Kasse nur eine geringe Mitgliederzahl entfällt. Im Durchschnitt kamen auf eine Krankenkasse überhaupt 532 Mitglieder, auf eine Gemeindekrankenversicherung 195, Ortskrankenkasse 430, Betriebskrankenkasse 404, Baukrankenkasse 505, Innungskassen 351, eingeschriebene Hilfskasse 601, landesrechtliche Hilfskasse 238.

Erreicht man die Kassen nach Ortschaften, so ergibt sich folgendes: Es waren vorhanden:

Kassen bis	Mitgl.	Gemeinde-	Orts-	Betriebs-	Innungs-	Hilfs-
101	500	6468	333	2697	288	532
501	1000	1549	2366	3961	285	853
1001	2000	247	932	654	53	128
2001	10000	170	549	205	74	67
10001	20000	106	429	116	15	44
20001 und mehr		6	42	18	2	8
		2	14	4		8

Wie weit die Zersplitterung geht, geht daraus hervor, daß es 1366 Gemeindekrankenversicherungen, 34 Betriebs-, 3 Bau-, 3 Innungskrankenversicherungen und 2 Hilfskassen gibt, die nur bis zu fünf Mitglieder zählen. Insgesamt gibt es 2447 Krankenkassen, die bis zu zehn Mitglieder haben. Von der oben angegebenen Gesamtzahl der Krankenkassen hatten rund 22 000 oder 96 Proz. nur bis zu 2000 Versicherte.

Nach dem Entwurf der Reichsversicherungsordnung wird nur eine Kasstypen grundsätzlich beseitigt bzw. einer andern Art zugewiesen, nämlich die Baukrankenversicherungen. Da es sich hierbei nur um 41 Kassen überhaupt handelt, ist die Maßnahme keine sehr einschneidende. Die Gemeindekrankenversicherungen sollen zwar auch aufgehoben werden, doch tritt an ihre Stelle eine neue Kasstypenart: die Landkrankenversicherungen. Wieviel bei der Umwandlung an kleinen Gemeindekrankenversicherungen besei-

tigt werden, läßt sich noch nicht übersehen. Jedenfalls wird aber auch durch diese Reorganisation die Aufräumung mit den kleinen Gebilden keine allzu durchgreifende. An Ortskrankenversicherungen soll es künftig nur noch zwei Arten geben: „Allgemeine“ (für sämtliche, nicht in andern Klassen des Bezirkes versicherte Personen) und „Besondere“ (für bestimmte Berufsgruppen). Für letztere wird eine Mindestmitgliedszahl von 500 vorgeschrieben. Wieviel derartige bisher bestehende Klassen zur Auflösung kommen müssen, weil sie diesen Anforderungen nicht entsprechen, läßt sich nicht berechnen, weil die Statistik die erwähnte Unterscheidung der Ortskrankenklasse nicht kennt. Die Betriebskrankenklassen, die bei Inkrafttreten der neuen Reichsversicherungsordnung nicht 250 Versicherte besitzen, sollen aufgelöst werden. Davon werden annähernd 5000 derartige Klassen, also der weiteste Teil, betroffen. Leider sollen die Innungskrankenklassen in der alten Weise, ohne die Festsetzung einer Mindestmitgliedszahl für sie, weiter bestehen bleiben. Gerade die meisten dieser Klassen sind recht zweckhafte Einrichtungen. Hilfsklassen unter 1000 Mitgliedern sollen nicht mehr als Ersatzklassen zugelassen werden. Von dieser Maßregel wurden rund 1500 Hilfsklassen getroffen. Es blieben nur noch etwa 120 Hilfsklassen im ganzen Deutschen Reich übrig, deren Mitgliedschaft von der Zugehörigkeit zu einer Zwangskasse entbunden.

Die Krise im Bildhauerberuf.

In unserm von der Maschine revolutionierten neuzeitlichen Wirtschaftsleben sind manche Erwerbszweige neu entstanden, manche Handwerke dagegen völlig verschwunden oder hart bedrängt worden. Auch im Kunstgewerbe machte sich diese umstürzlerische Tendenz der Maschine mehr und mehr bemerkbar. Namentlich sind es die Bildhauer, die bereits seit Jahren mit ständig großer Arbeitslosigkeit zu rechnen haben, eine Folge jener allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung. Als nächstliegende Ursache der Umwälzungen im Kunstgewerbe ist allerdings die neue Stilrichtung anzusehen. Diese aber, „der moderne Stil“ benannt, wurde schon unter dem Schlagwort eingeführt: „Weg mit allem Althergebrachten! Unser Zeitalter der Maschine muß seinen eigenen Stil haben!“

Tatsächlich vollzog sich dann auch der stattgefundenen Umwälzung unter möglicher Begünstigung von Maschinenarbeiten. Ja, eine gewisse Gruppe tonangebender Kunstgewerbetler bevorzugte unbedingt Maschinenarbeit und reichte sie unter die dekorativen Mittel des Kunstgewerbes ein. Mit ihren Experimenten haben dieselben durchaus keine ungünstigen Resultate erzielt. Das Kunstgewerbe bedarf also nicht mehr in gleichem Maße wie früher des Kunsthandwerks. Der Bildhauerberuf, zu letzterem gehörig, wurde dabei leidtragender Teil. Es wurden Arbeitskräfte überflüssig. Die Arbeitslosigkeit stieg enorm und hielt sich auch während der letzten Hochkonjunktur in erschreckendem Umfange. Dies ergibt auch sofort folgender Auszug aus der im „Reichsarbeitsblatt“ veröffentlichten Arbeitslosenstatistik. Es hatten nach derselben Arbeitslose von je hundert beteiligten Personen im Jahresdurchschnitt:

Jahre	1903	1904	1905	1906	1907	1908
jämliche an der Statistik beteiligten Berufe darunter	2,7	2,0	1,5	1,2	1,7	3,1
Bildhauer	10,4	9,5	10,1	9,9	12,7	16,6

Daraus ergibt sich, daß z. B. im Jahre der Hochkonjunktur 1906 die Arbeitslosigkeit der Bildhauer achtmal größer war als bei sämtlichen beteiligten Berufen im Durchschnitt. Das Jahr 1907 weist ein ähnliches Verhältnis auf und auch im Krisenjahr 1908 weichen die Zahlen um mehr als das Fünffache von einander ab. Es handelt sich also bei der Arbeitslosigkeit der Bildhauer um eine Berufskrise, die wohl durch die allgemeine Wirtschaftskrise noch bedingt ist, aber nicht nur alleinigen Ursache hat, sondern auf eingangs geschilderte Umwälzung im Gewerbe begründet ist. Es ist natürlich, daß sich unter derart mangelhaften Zuständen fortlaufend Berufsangehörige, zumeist nach vorausgegangenem wiederholter Arbeitslosigkeit von ihrem Berufe abenden. So auch hier. Nach einer vorläufig abgeschlossenen Erhebung stellt die Organisation der Bildhauer fest, daß in 57 Verwaltungsstellen 439 Bildhauer gezählt wurden, die sich seit dem Jahre 1907 genötigt sahen, zu einem anderen als dem erlernten Berufe Zuflucht zu nehmen; es sind dies zirka 10 Prozent der Mitglieder der Organisation oder zirka 6 Prozent aller Berufsangehörigen. Und dabei ist die festgestellte Zahl sicher noch nicht vollständig. Diese Degimierung des Bildhauerberufs ist jedoch noch lange nicht zum Abschluß gekommen. Ja, neuerdings wird ihr aus finanzpolitischen Motiven von Staats wegen noch weiterer Vorstoß geleistet. Die Finanzklemme, in welche unsere Staatsregierungen geraten sind, ließ Bülow zum Sparen ermahnen. Und wie am besten und erfolgreichsten gepart werden könne, zeigten die preussischen Minister für Finanzen und öffentliche Arbeiten in einem gemeinsam ausgearbeiteten Sparerlaß, der sich gegen jeden „Luxus“ bei der inneren und äußeren Ausschmückung der Bauwerke richtet. In Bälde dürften nun die Regierungsbauten auch äußerlich zur Schau tragen, daß in einem unter den Lasten des Militarismus fast zusammenbrechenden Staatengebilde für das Kunstgewerbe ebensowenig Raum ist als für Volkswohlstand und sonstige kulturelle Aufgaben.

Man kann voraussehen, daß Kutter als Sachverständiger urteilt, wenn er meint: „Die meisten von uns kommen fürs Leben unheilbar verdothen von der Unwissenheit, wo sich ihre Arbeit auf Lebruch und Bierfrug verteilt, ins Amt.“ Unser Ansehen — ja das ist unser Göze. Ihm dienen wir Tag und Nacht. Wir lassen uns von den Menschen schinden und mißbrauchen, wir nehmen alle möglichen zeitraubenden und neben-sächlichen Pöstchen und Aemterchen auf uns, wir reden und lavieren Flug herum, wir schmeicheln und beschönigen — und das alles, um unsern Einfluß, unser Ansehen nicht zu verlieren!“

Von dem „scheinheiligen Gebaren“ sagt Kutter: „Es baut Gotteshäuser und Anstalten, gründet Liebeswerke, macht Stiftungen, aber nur um in alledem eine Herrschaft ohne Grenzen, ein grausames und unduldsames Regiment aufzurichten, dem nichts widerstehen darf. Es predigt unablässig seinen Untergebenen „Christliches Leben“, „Demut“ und „Danbarkeit“, aber es selbst ist der Ausdruck des Schledten. Es führt immerdar den Namen Gottes im Munde — und meint damit nur seine eigene Gerechtigkeit, weit erhaben über die der gewöhnlichen Menschen.“

„Es muß aufhören die Gephlogenheit, die Gefangen unserer Zuchtshäuser die Woche hindurch zu quälen und am Sonntag ihnen eine fromme Predigt zu halten, Aufgehören muß dies echt pharisäische Vorurteil der oberen Klassen, als seien die Armen dafür da, damit an ihnen alle die halbherzigen und oft einem bloßen Einfall entsprungenen Wohl-tätigkeitsmaximen irgendeines neuen „Gottesmannes“ oder eines Komitees — dessen unbefähigte Mitglieder eine „nützliche Tätigkeit“ suchen — erprobt werden können.“

Für das Evangelium ist der Krieg ein Greuel, die Grundsätze Jesu machen jeden Krieg unmöglich, der Christliche Staat aber verwendet gerade die Verklünder des Evangeliums, uns Pfarrer, dazu, um seinen Soldaten Mut und Begeisterung einzusößen.“

Die Soldaten sollen die Ueberzeugung bekommen, daß sie ein heiliges, gottwohlgefälliges Werk tun, wenn sie ihre Gewehre auf Menschen richten.“

Die Konsequenz der Forderung, ganz und ungeteilt auf die Seite der Armen zu treten, sollte sein: Sich den Kämpferscharen des Klassenbewußten Proletariats einzureihen. Zwar meint Kutter: „Wenn dies — die Massen aus dem gegenwärtigen stumpfen Zustande wieder zu menschenwürdigem Dasein zu erheben — nicht anders möglich ist, als durch radikale Umgestal-

tung der Dinge, so müssen wir eben diese Umgestaltung fordern, mögen die Satten dagegen eifern, soviel sie wollen.“ Schon aus der Fassung dieser Worte geht hervor, daß Kutter nicht Sozialdemokrat ist. Er ist so sehr Ideologe, daß er sogar die Hoffnung ausspricht, die Massen für seinen Gott und sein Christentum zurückzugewinnen zu können, ein neues Gottesreich auf Erden herbeizuführen zu können. Er begreift die Berechtigung des Sozialismus, scheint aber zu meinen, dieser verdanke Entstehung und Erfolge lediglich den Sünden und Verbrechen der herrschenden Klassen an den Armen. Die geschichtliche Notwendigkeit des Sozialismus ist ihm eine verschlossene Welt. Wie wenig Kutter historisch zu denken vermag, zeigt der eine Satz: „Gerade so wehren wir dem Althergebrachten, durch die Fehler der Kirche festgenagelten Vorurteile, als hemme das Evangelium den Fortschritt, während jedem Einseitigen das gerade Gegenteil bekannt ist, daß nämlich seit dem Erscheinen des Evangeliums in der Welt der Fortschritt überhaupt erst angefangen hat.“ Auch sieht er „noch vielfach“, „Wolken des Irrtums, der Verblendung, des Fanatismus“, die aufstrebende Arbeiter-gemeinde umschatten, traut unserer materialistischen Geschichtsauffassung nicht recht über den Weg. Aber alles das kommt hier nicht als das Wesentliche in Frage.

Pfarrer Kutter fühlt in sich brennende Sehnsucht nach dem reinen Christentum — das ist seine Privatsache. Er weist seine Amtsbrüder auf schwere Schäden der Kirche hin — sie mögen, wenn sie Ohren haben zu hören, auf die Stimme des Warners und Hüfers achten. Der Seelsorger Kutter rebelliert dagegen, als Werkzeug der herrschenden Klassen zu dienen — das ehrt seinen Mannesmut. Er hat ein Herz für Not, Elend und Armut — das macht ihn sympathisch und liebenswert.

Von uns denkt niemand daran, ihm sein Gefühl und seine Kirche zu rauben. Nur eins: Will er uns ein Mitarbeiter und Mitstreiter werden, wird er manchen seiner liebsten Gedanken aufgeben müssen. Aber er wird reichlich wieder empfangen, wenn er mit den Waffen des Sozialismus gegen die Welt ankämpft, von der er erkannt hat, daß sie überreif ist, zu fallen und einer neuen Raum zu geben!

Man kann voraussehen, daß Kutter als Sachverständiger urteilt, wenn er meint: „Die meisten von uns kommen fürs Leben unheilbar verdothen von der Unwissenheit, wo sich ihre Arbeit auf Lebruch und Bierfrug verteilt, ins Amt.“ Unser Ansehen — ja das ist unser Göze. Ihm dienen wir Tag und Nacht. Wir lassen uns von den Menschen schinden und mißbrauchen, wir nehmen alle möglichen zeitraubenden und neben-sächlichen Pöstchen und Aemterchen auf uns, wir reden und lavieren Flug herum, wir schmeicheln und beschönigen — und das alles, um unsern Einfluß, unser Ansehen nicht zu verlieren!“

Die Krise im Bildhauerberuf.

In unserm von der Maschine revolutionierten neuzeitlichen Wirtschaftsleben sind manche Erwerbszweige neu entstanden, manche Handwerke dagegen völlig verschwunden oder hart bedrängt worden. Auch im Kunstgewerbe machte sich diese umstürzlerische Tendenz der Maschine mehr und mehr bemerkbar. Namentlich sind es die Bildhauer, die bereits seit Jahren mit ständig großer Arbeitslosigkeit zu rechnen haben, eine Folge jener allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung. Als nächstliegende Ursache der Umwälzungen im Kunstgewerbe ist allerdings die neue Stilrichtung anzusehen. Diese aber, „der moderne Stil“ benannt, wurde schon unter dem Schlagwort eingeführt: „Weg mit allem Althergebrachten! Unser Zeitalter der Maschine muß seinen eigenen Stil haben!“

Tatsächlich vollzog sich dann auch der stattgefundenen Umwälzung unter möglicher Begünstigung von Maschinenarbeiten. Ja, eine gewisse Gruppe tonangebender Kunstgewerbetler bevorzugte unbedingt Maschinenarbeit und reichte sie unter die dekorativen Mittel des Kunstgewerbes ein. Mit ihren Experimenten haben dieselben durchaus keine ungünstigen Resultate erzielt. Das Kunstgewerbe bedarf also nicht mehr in gleichem Maße wie früher des Kunsthandwerks. Der Bildhauerberuf, zu letzterem gehörig, wurde dabei leidtragender Teil. Es wurden Arbeitskräfte überflüssig. Die Arbeitslosigkeit stieg enorm und hielt sich auch während der letzten Hochkonjunktur in erschreckendem Umfange. Dies ergibt auch sofort folgender Auszug aus der im „Reichsarbeitsblatt“ veröffentlichten Arbeitslosenstatistik. Es hatten nach derselben Arbeitslose von je hundert beteiligten Personen im Jahresdurchschnitt:

Jahre	1903	1904	1905	1906	1907	1908
jämliche an der Statistik beteiligten Berufe darunter	2,7	2,0	1,5	1,2	1,7	3,1
Bildhauer	10,4	9,5	10,1	9,9	12,7	16,6

Daraus ergibt sich, daß z. B. im Jahre der Hochkonjunktur 1906 die Arbeitslosigkeit der Bildhauer achtmal größer war als bei sämtlichen beteiligten Berufen im Durchschnitt. Das Jahr 1907 weist ein ähnliches Verhältnis auf und auch im Krisenjahr 1908 weichen die Zahlen um mehr als das Fünffache von einander ab. Es handelt sich also bei der Arbeitslosigkeit der Bildhauer um eine Berufskrise, die wohl durch die allgemeine Wirtschaftskrise noch bedingt ist, aber nicht nur alleinigen Ursache hat, sondern auf eingangs geschilderte Umwälzung im Gewerbe begründet ist. Es ist natürlich, daß sich unter derart mangelhaften Zuständen fortlaufend Berufsangehörige, zumeist nach vorausgegangenem wiederholter Arbeitslosigkeit von ihrem Berufe abenden. So auch hier. Nach einer vorläufig abgeschlossenen Erhebung stellt die Organisation der Bildhauer fest, daß in 57 Verwaltungsstellen 439 Bildhauer gezählt wurden, die sich seit dem Jahre 1907 genötigt sahen, zu einem anderen als dem erlernten Berufe Zuflucht zu nehmen; es sind dies zirka 10 Prozent der Mitglieder der Organisation oder zirka 6 Prozent aller Berufsangehörigen. Und dabei ist die festgestellte Zahl sicher noch nicht vollständig. Diese Degimierung des Bildhauerberufs ist jedoch noch lange nicht zum Abschluß gekommen. Ja, neuerdings wird ihr aus finanzpolitischen Motiven von Staats wegen noch weiterer Vorstoß geleistet. Die Finanzklemme, in welche unsere Staatsregierungen geraten sind, ließ Bülow zum Sparen ermahnen. Und wie am besten und erfolgreichsten gepart werden könne, zeigten die preussischen Minister für Finanzen und öffentliche Arbeiten in einem gemeinsam ausgearbeiteten Sparerlaß, der sich gegen jeden „Luxus“ bei der inneren und äußeren Ausschmückung der Bauwerke richtet. In Bälde dürften nun die Regierungsbauten auch äußerlich zur Schau tragen, daß in einem unter den Lasten des Militarismus fast zusammenbrechenden Staatengebilde für das Kunstgewerbe ebensowenig Raum ist als für Volkswohlstand und sonstige kulturelle Aufgaben.

Man kann voraussehen, daß Kutter als Sachverständiger urteilt, wenn er meint: „Die meisten von uns kommen fürs Leben unheilbar verdothen von der Unwissenheit, wo sich ihre Arbeit auf Lebruch und Bierfrug verteilt, ins Amt.“ Unser Ansehen — ja das ist unser Göze. Ihm dienen wir Tag und Nacht. Wir lassen uns von den Menschen schinden und mißbrauchen, wir nehmen alle möglichen zeitraubenden und neben-sächlichen Pöstchen und Aemterchen auf uns, wir reden und lavieren Flug herum, wir schmeicheln und beschönigen — und das alles, um unsern Einfluß, unser Ansehen nicht zu verlieren!“

Die Krise im Bildhauerberuf.

In unserm von der Maschine revolutionierten neuzeitlichen Wirtschaftsleben sind manche Erwerbszweige neu entstanden, manche Handwerke dagegen völlig verschwunden oder hart bedrängt worden. Auch im Kunstgewerbe machte sich diese umstürzlerische Tendenz der Maschine mehr und mehr bemerkbar. Namentlich sind es die Bildhauer, die bereits seit Jahren mit ständig großer Arbeitslosigkeit zu rechnen haben, eine Folge jener allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung. Als nächstliegende Ursache der Umwälzungen im Kunstgewerbe ist allerdings die neue Stilrichtung anzusehen. Diese aber, „der moderne Stil“ benannt, wurde schon unter dem Schlagwort eingeführt: „Weg mit allem Althergebrachten! Unser Zeitalter der Maschine muß seinen eigenen Stil haben!“

Tatsächlich vollzog sich dann auch der stattgefundenen Umwälzung unter möglicher Begünstigung von Maschinenarbeiten. Ja, eine gewisse Gruppe tonangebender Kunstgewerbetler bevorzugte unbedingt Maschinenarbeit und reichte sie unter die dekorativen Mittel des Kunstgewerbes ein. Mit ihren Experimenten haben dieselben durchaus keine ungünstigen Resultate erzielt. Das Kunstgewerbe bedarf also nicht mehr in gleichem Maße wie früher des Kunsthandwerks. Der Bildhauerberuf, zu letzterem gehörig, wurde dabei leidtragender Teil. Es wurden Arbeitskräfte überflüssig. Die Arbeitslosigkeit stieg enorm und hielt sich auch während der letzten Hochkonjunktur in erschreckendem Umfange. Dies ergibt auch sofort folgender Auszug aus der im „Reichsarbeitsblatt“ veröffentlichten Arbeitslosenstatistik. Es hatten nach derselben Arbeitslose von je hundert beteiligten Personen im Jahresdurchschnitt:

Jahre	1903	1904	1905	1906	1907	1908
jämliche an der Statistik beteiligten Berufe darunter	2,7	2,0	1,5	1,2	1,7	3,1
Bildhauer	10,4	9,5	10,1	9,9	12,7	16,6

Daraus ergibt sich, daß z. B. im Jahre der Hochkonjunktur 1906 die Arbeitslosigkeit der Bildhauer achtmal größer war als bei sämtlichen beteiligten Berufen im Durchschnitt. Das Jahr 1907 weist ein ähnliches Verhältnis auf und auch im Krisenjahr 1908 weichen die Zahlen um mehr als das Fünffache von einander ab. Es handelt sich also bei der Arbeitslosigkeit der Bildhauer um eine Berufskrise, die wohl durch die allgemeine Wirtschaftskrise noch bedingt ist, aber nicht nur alleinigen Ursache hat, sondern auf eingangs geschilderte Umwälzung im Gewerbe begründet ist. Es ist natürlich, daß sich unter derart mangelhaften Zuständen fortlaufend Berufsangehörige, zumeist nach vorausgegangenem wiederholter Arbeitslosigkeit von ihrem Berufe abenden. So auch hier. Nach einer vorläufig abgeschlossenen Erhebung stellt die Organisation der Bildhauer fest, daß in 57 Verwaltungsstellen 439 Bildhauer gezählt wurden, die sich seit dem Jahre 1907 genötigt sahen, zu einem anderen als dem erlernten Berufe Zuflucht zu nehmen; es sind dies zirka 10 Prozent der Mitglieder der Organisation oder zirka 6 Prozent aller Berufsangehörigen. Und dabei ist die festgestellte Zahl sicher noch nicht vollständig. Diese Degimierung des Bildhauerberufs ist jedoch noch lange nicht zum Abschluß gekommen. Ja, neuerdings wird ihr aus finanzpolitischen Motiven von Staats wegen noch weiterer Vorstoß geleistet. Die Finanzklemme, in welche unsere Staatsregierungen geraten sind, ließ Bülow zum Sparen ermahnen. Und wie am besten und erfolgreichsten gepart werden könne, zeigten die preussischen Minister für Finanzen und öffentliche Arbeiten in einem gemeinsam ausgearbeiteten Sparerlaß, der sich gegen jeden „Luxus“ bei der inneren und äußeren Ausschmückung der Bauwerke richtet. In Bälde dürften nun die Regierungsbauten auch äußerlich zur Schau tragen, daß in einem unter den Lasten des Militarismus fast zusammenbrechenden Staatengebilde für das Kunstgewerbe ebensowenig Raum ist als für Volkswohlstand und sonstige kulturelle Aufgaben.

Man kann voraussehen, daß Kutter als Sachverständiger urteilt, wenn er meint: „Die meisten von uns kommen fürs Leben unheilbar verdothen von der Unwissenheit, wo sich ihre Arbeit auf Lebruch und Bierfrug verteilt, ins Amt.“ Unser Ansehen — ja das ist unser Göze. Ihm dienen wir Tag und Nacht. Wir lassen uns von den Menschen schinden und mißbrauchen, wir nehmen alle möglichen zeitraubenden und neben-sächlichen Pöstchen und Aemterchen auf uns, wir reden und lavieren Flug herum, wir schmeicheln und beschönigen — und das alles, um unsern Einfluß, unser Ansehen nicht zu verlieren!“

Die Krise im Bildhauerberuf.

In unserm von der Maschine revolutionierten neuzeitlichen Wirtschaftsleben sind manche Erwerbszweige neu entstanden, manche Handwerke dagegen völlig verschwunden oder hart bedrängt worden. Auch im Kunstgewerbe machte sich diese umstürzlerische Tendenz der Maschine mehr und mehr bemerkbar. Namentlich sind es die Bildhauer, die bereits seit Jahren mit ständig großer Arbeitslosigkeit zu rechnen haben, eine Folge jener allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung. Als nächstliegende Ursache der Umwälzungen im Kunstgewerbe ist allerdings die neue Stilrichtung anzusehen. Diese aber, „der moderne Stil“ benannt, wurde schon unter dem Schlagwort eingeführt: „Weg mit allem Althergebrachten! Unser Zeitalter der Maschine muß seinen eigenen Stil haben!“

Tatsächlich vollzog sich dann auch der stattgefundenen Umwälzung unter möglicher Begünstigung von Maschinenarbeiten. Ja, eine gewisse Gruppe tonangebender Kunstgewerbetler bevorzugte unbedingt Maschinenarbeit und reichte sie unter die dekorativen Mittel des Kunstgewerbes ein. Mit ihren Experimenten haben dieselben durchaus keine ungünstigen Resultate erzielt. Das Kunstgewerbe bedarf also nicht mehr in gleichem Maße wie früher des Kunsthandwerks. Der Bildhauerberuf, zu letzterem gehörig, wurde dabei leidtragender Teil. Es wurden Arbeitskräfte überflüssig. Die Arbeitslosigkeit stieg enorm und hielt sich auch während der letzten Hochkonjunktur in erschreckendem Umfange. Dies ergibt auch sofort folgender Auszug aus der im „Reichsarbeitsblatt“ veröffentlichten Arbeitslosenstatistik. Es hatten nach derselben Arbeitslose von je hundert beteiligten Personen im Jahresdurchschnitt:

Jahre	1903	1904	1905	1906	1907	1908
jämliche an der Statistik beteiligten Berufe darunter	2,7	2,0	1,5	1,2	1,7	3,1
Bildhauer	10,4	9,5	10,1	9,9	12,7	16,6

Daraus ergibt sich, daß z. B. im Jahre der Hochkonjunktur 1906 die Arbeitslosigkeit der Bildhauer achtmal größer war als bei sämtlichen beteiligten Berufen im Durchschnitt. Das Jahr 1907 weist ein ähnliches Verhältnis auf und auch im Krisenjahr 1908 weichen die Zahlen um mehr als das Fünffache von einander ab. Es handelt sich also bei der Arbeitslosigkeit der Bildhauer um eine Berufskrise, die wohl durch die allgemeine Wirtschaftskrise noch bedingt ist, aber nicht nur alleinigen Ursache hat, sondern auf eingangs geschilderte Umwälzung im Gewerbe begründet ist. Es ist natürlich, daß sich unter derart mangelhaften Zuständen fortlaufend Berufsangehörige, zumeist nach vorausgegangenem wiederholter Arbeitslosigkeit von ihrem Berufe abenden. So auch hier. Nach einer vorläufig abgeschlossenen Erhebung stellt die Organisation der Bildhauer fest, daß in 57 Verwaltungsstellen 439 Bildhauer gezählt wurden, die sich seit dem Jahre 1907 genötigt sahen, zu einem anderen als dem erlernten Berufe Zuflucht zu nehmen; es sind dies zirka 10 Prozent der Mitglieder der Organisation oder zirka 6 Prozent aller Berufsangehörigen. Und dabei ist die festgestellte Zahl sicher noch nicht vollständig. Diese Degimierung des Bildhauerberufs ist jedoch noch lange nicht zum Abschluß gekommen. Ja, neuerdings wird ihr aus finanzpolitischen Motiven von Staats wegen noch weiterer Vorstoß geleistet. Die Finanzklemme, in welche unsere Staatsregierungen geraten sind, ließ Bülow zum Sparen ermahnen. Und wie am besten und erfolgreichsten gepart werden könne, zeigten die preussischen Minister für Finanzen und öffentliche Arbeiten in einem gemeinsam ausgearbeiteten Sparerlaß, der sich gegen jeden „Luxus“ bei der inneren und äußeren Ausschmückung der Bauwerke richtet. In Bälde dürften nun die Regierungsbauten auch äußerlich zur Schau tragen, daß in einem unter den Lasten des Militarismus fast zusammenbrechenden Staatengebilde für das Kunstgewerbe ebensowenig Raum ist als für Volkswohlstand und sonstige kulturelle Aufgaben.

Man kann voraussehen, daß Kutter als Sachverständiger urteilt, wenn er meint: „Die meisten von uns kommen fürs Leben unheilbar verdothen von der Unwissenheit, wo sich ihre Arbeit auf Lebruch und Bierfrug verteilt, ins Amt.“ Unser Ansehen — ja das ist unser Göze. Ihm dienen wir Tag und Nacht. Wir lassen uns von den Menschen schinden und mißbrauchen, wir nehmen alle möglichen zeitraubenden und neben-sächlichen Pöstchen und Aemterchen auf uns, wir reden und lavieren Flug herum, wir schmeicheln und beschönigen — und das alles, um unsern Einfluß, unser Ansehen nicht zu verlieren!“

Die Krise im Bildhauerberuf.

In unserm von der Maschine revolutionierten neuzeitlichen Wirtschaftsleben sind manche Erwerbszweige neu entstanden, manche Handwerke dagegen völlig verschwunden oder hart bedrängt worden. Auch im Kunstgewerbe machte sich diese umstürzlerische Tendenz der Maschine mehr und mehr bemerkbar. Namentlich sind es die Bildhauer, die bereits seit Jahren mit ständig großer Arbeitslosigkeit zu rechnen haben, eine Folge jener allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung. Als nächstliegende Ursache der Umwälzungen im Kunstgewerbe ist allerdings die neue Stilrichtung anzusehen. Diese aber, „der moderne Stil“ benannt, wurde schon unter dem Schlagwort eingeführt: „Weg mit allem Althergebrachten! Unser Zeitalter der Maschine muß seinen eigenen Stil haben!“

Tatsächlich vollzog sich dann auch der stattgefundenen Umwälzung unter möglicher Begünstigung von Maschinenarbeiten. Ja, eine gewisse Gruppe tonangebender Kunstgewerbetler bevorzugte unbedingt Maschinenarbeit und reichte sie unter die dekorativen Mittel des Kunstgewerbes ein. Mit ihren Experimenten haben dieselben durchaus keine ungünstigen Resultate erzielt. Das Kunstgewerbe bedarf also nicht mehr in gleichem Maße wie früher des Kunsthandwerks. Der Bildhauerberuf, zu letzterem gehörig, wurde dabei leidtragender Teil. Es wurden Arbeitskräfte überflüssig. Die Arbeitslosigkeit stieg enorm und hielt sich auch während der letzten Hochkonjunktur in erschreckendem Umfange. Dies ergibt auch sofort folgender Auszug aus der im „Reichsarbeitsblatt“ veröffentlichten Arbeitslosenstatistik. Es hatten nach derselben Arbeitslose von je hundert beteiligten Personen im Jahresdurchschnitt:

Jahre	1903	1904	1905	1906	1907	1908
jämliche an der Statistik beteil						